

Inhaltsverzeichnis 1. Teil des Antragsbuches

Leitanträge

Industrie- und Energieland Sachsen-Anhalt entwickeln	3
Sozialen Zusammenhalt erhalten – Gemeinschaft leben – Verantwortung wahrnehmen .	12

Satzungsänderungen

Satzungsänderung: Antragskommission	17
Wahlkreisvollversammlungen zur Aufstellung von Landtagskandidaten	18
Satzungsänderung: Rederecht für SPD-Mitglieder.....	19
Satzungsänderung: Wahlen zum SPD-Landesvorstand.....	20
Schaffung von stellvertretenden Mitgliedern im Landesparteirat.....	21
Innerparteiliche Demokratie stärken – Reform des Landesparteirates.....	22
Briefwahl bei Mitgliederentscheid ermöglichen – Neufassung der §§ 3a und 3b Landessatzung	24

Organisationspolitik

Bestimmung Spitzenkandidaten durch Parteibasis.....	26
Mindestlohn fängt auch bei uns selbst an! Gerechte Bezahlung innerhalb der SPD.....	27
Einführung einer Quotierung für ostdeutsche Landesverbände	28
Resolution: Für ein klareres Profil der SPD im Bund	29
Kampagnenfähigkeit des SPD-Landesverbandes stärken	32
Strukturfindungskommission einberufen!	35
Mehr sozialpolitisches Engagement des SPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt auf der Bundesebene	36
Einrichtung einer Zukunftswerkstatt „Direkte Demokratie“	37

Energie-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik

Winderosionsgefährdung überprüfen.....	38
Grundwassersituation in Sachsen-Anhalt nicht aus den Augen verlieren	39
Forschung im Bereich der regenerativen Energien stärken.....	41
Keine Ausweitung der Förderung landwirtschaftlicher Großbetriebe in Sachsen-Anhalt und der Europäischen Union; Förderung der ökologischen Landwirtschaft.....	42

Keine Ausweitung der Förderung landwirtschaftlicher Großbetriebe in Sachsen-Anhalt und der EU – Förderung der ökologischen Landwirtschaft	44
Energiewende in Europa – EU-Energiepolitik neu gestalten.....	45

Arbeitsmarktpolitik

Erhöhung des Frauenanteils und gesetzliche Mindestquote für die Aufsichtsräte und Vorstände	46
Befristungen bei Arbeitsverträgen müssen die begründete Ausnahme sein	47
Öffentliche Auftragsvergabe und Wirtschaftsförderung an Begrenzung von Leiharbeit und Entgeltgleichheit koppeln.....	49
Stärkung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung	50
Modularisierung ablehnen – Duale Ausbildung erhalten	51
Gleichstellung der Geschlechter auch auf dem Arbeitsmarkt	52
Angleichung des kirchlichen Arbeitsrechts	53
Wiedereingliederung von Arbeitslosen	54
Nachqualifizierung an – und ungelernter Jugendlicher und junger Erwachsener	55

Leitantrag 1

AntragstellerInnen: SPD-Landesvorstand

Industrie- und Energieland Sachsen-Anhalt entwickeln

1 Die Energiewende kommt, doch sie muss gestaltet werden. Hierin liegt eine historische
2 Chance für Sachsen-Anhalt. Kein anderes Bundesland hat derart gute Voraussetzungen
3 im Zukunftsmarkt Erneuerbare Energien – Die SPD macht aus dem Standortvorteil
4 einen Zukunftsmarkt, für gute Energie und gute Arbeit im Land.

5
6 Das Land Sachsen-Anhalt hat sich in den vergangenen Jahren den großen
7 Herausforderungen im Umwelt- und Energiesektor gestellt und diese zumeist gut
8 gemeistert. Mit der Bewältigung beträchtlicher Altlasten, der strukturellen
9 Veränderungen im Braunkohlebergbau und wichtiger Weichenstellungen für eine
10 nachhaltige und umweltfreundliche Energieversorgung konnten bundesweit
11 anerkannte Maßstäbe gesetzt werden. Die Weichenstellungen der Sozialdemokratie in
12 Sachsen-Anhalt Mitte der 1990er und die Einleitung der rot-grünen Energiewende mit
13 dem Ausstiegsbeschluss aus der Kernenergie und dem Erneuerbare-Energien-Gesetz
14 bereits zu Beginn dieses Jahrtausends, bilden die Grundlage für die Entwicklung eines
15 nachhaltigen Zukunftsmarktes.

16
17 Für uns ist klar: mit der bisherigen Energieversorgungsstruktur ist eine ökonomische,
18 ökologische und soziale Zukunft nicht zu gewinnen. Ihre Rohstoffe sind endlich,
19 schädigen das Klima und bestehen mit Ausnahme der heimischen Braunkohle aus
20 zunehmend teurer und unsicherer werdenden Importen. Große zentrale und zum Teil
21 veralteten Kraftwerksanlagen sind vom Grundsatz her ineffizient und verursachen
22 hohe Energieverluste. Wir wissen: unser Strom-, Wärme- und Kraftstoffverbrauch
23 entstammt zu großen Teilen noch den Zeiten der billigen Energieschwemme. Hinzu
24 kommt, dass die klassische Stromerzeugung, die konventionelle Gebäudebeheizung
25 und der weiter wachsende Straßenverkehr emissionsbedingt hauptverantwortlich für
26 den bereits globalen Klimawandel sind, der ohne einen wirksamen Klimaschutz
27 katastrophale zivilisatorische Folgen haben wird. Jeder Cent, der heute nicht investiert
28 wird, wird zukünftig für die Folgekosten des Klimawandels hundertfach ausgegeben
29 werden müssen.

30
31 Die desaströsen Ereignisse in Japan und der weltweit stark wachsende Bedarf an
32 Energie rücken die Zukunft der Energieversorgung immer stärker in den Focus
33 politischer Entscheidungen. Der von der schwarz-gelben Bundesregierung 2010
34 verkündeten „Revolution der Energieversorgung“ folgte substantiell jedoch nur ein
35 widerwilliger Abschied aus der Nutzung der Atomenergie und die fortgesetzte
36 Sicherstellung der Interessenlage großer Energiekonzerne, nur in veränderten
37 Technologien. Die Energieversorgung ist eine Aufgabe allgemeiner Daseinsvorsorge,
38 insbesondere in den Industrienationen und darf nicht länger hemmungslos
39 kapitalisiert werden. Die erforderliche Demokratisierung der Energielandschaft auf
40 regionaler, lokaler und privater Ebene ist zudem eine einmalige Chance für die
41 Wiederentdeckung und die Ausgestaltung von bürgerschaftlichem Engagement in der
42 Gesellschaft und damit auch Auftrag für die SPD!

43 Die fortschreitende Verknappung von Erdöl, Gas und Steinkohle und damit
44 unaufhaltsam steigende Preise für Strom, Wärme und Kraftstoffe sind aber nicht nur

1 eine Herausforderung und Hemmung für jede industrielle Entwicklung, sondern
2 beeinflussen auch zunehmend das Leben der Menschen in Sachsen-Anhalt: Die
3 Energiefrage wird zur Schlüsselfrage des gesellschaftlichen Zusammenhaltes. Eine
4 bezahlbare und sichere Energieversorgung ist die Voraussetzung für die sozio-
5 kulturelle, ökonomische und ökologische Weiterentwicklung unseres Bundeslandes,
6 des Erstarkens seiner Wirtschaft und letztlich für die Bewältigung des Alltages jedes
7 einzelnen Bürgers- die Bevölkerung will mit großer Mehrheit die Energiewende, um
8 von ihr partizipieren zu können!

9
10 Daher sind die dauerhafte Wirtschaftlichkeit und ständige Versorgungssicherheit, ein
11 Höchstmaß an Klimaschutz und Umweltverträglichkeit und somit langfristig die
12 vollständige Eigenversorgung unseres Landes auf Basis regional verfügbarer
13 Erneuerbarer Energien die Kernziele der Energiepolitik der SPD. Mit dem erst
14 begonnenen Umbau der Energieversorgung stehen wir vor einer der großen
15 gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. Somit ist ein Höchstmaß an
16 Transparenz, Aufklärung und Mitbestimmung bei der Erneuerung der
17 Energieinfrastruktur unabdingbar. In diesem Zusammenhang ist auch die Stärkung des
18 Dialogs Umwelt und Wirtschaft im Rahmen der Umweltallianz des Landes erforderlich.
19 Das „Energieland Sachsen-Anhalt“ soll mit Hilfe unserer Partei einen Spitzenplatz in
20 der energetischen Erneuerung der Bundesrepublik und im Klima- und Umweltschutz
21 einnehmen!

22
23 Eine grundlegende Neubestimmung unseres Energie- und Umweltverhaltens binnen
24 eines extrem kurzen Zeitraums ist ebenso unumgänglich wie Erfolg verheißend: Wir
25 stehen tatsächlich am Beginn einer vierten industriellen Revolution, der energetischen.
26 Selbst die schwarz-gelbe Bundesregierung sieht in ihrem Energiekonzept für das Jahr
27 2050 das Erfordernis einer zu 80% erneuerbaren Energieversorgung: Das bedeutet für
28 jedes verbleibende Jahrzehnt ein Umbauerfordernis und einen Zuwachs an Innovation
29 wie in allen bisherigen Jahrzehnten zusammen! Ein derartiger Prozess kann in den
30 überkommenen, vor allem auf finanziellen Profit ausgelegten Strukturen jedoch
31 keinesfalls erfolgreich verlaufen: die Energiekonzerne sind existenziell zentralistisch
32 veranlagt, die Erneuerbaren Energien jedoch in der Fläche und damit dezentral
33 verortet. Sie gehören daher in den Besitz der Regionen, Kommunen und Bürger, durch
34 die sie bewirtschaftet werden und die ein Anrecht auf den entstehenden Mehrwert
35 haben. Wir stehen für die dezentrale Bürgerenergie als Zukunftsmodell.

36
37 **5 mal E**

38 **Die Einheit von Energieeinsparung, Energieeffizienz, der Nutzung Erneuerbarer**
39 **Energien, des Ausbaus der Energiespeicher und der Energienetze**

40
41 Der Weg hin zu Importunabhängigkeit und Versorgungssicherheit durch Erneuerbare
42 Energien ist absehbar alternativlos und muss innerhalb von nur einer Generation
43 erfolgreich bewältigt werden. Das wird wirtschaftlich vertretbar aber nur gelingen,
44 wenn der Energieverbrauch durch deutliche Energieeinsparung - vor allem im
45 Gebäudebereich, in der Produktion und im Verkehr - sowie durch eine maßgebliche
46 Erhöhung der Energieeffizienz - vor allem über die Dezentralisierung der
47 Energieerzeugung und in Kraft-Wärme-Kopplung - um etwa 50% gesenkt werden kann,
48 die notwendigen Speicherkapazitäten verfügbar sind und die Netze sinnvoll und
49 synergetisch kooperierend ausgebaut werden.

50

- **Energieeinsparung- die wirklich preiswerte Kilowattstunde**

Das Konjunkturprogramm II und das CO2-Gebäudesanierungsprogramm haben bewiesen, dass die Reduzierung des Energieverbrauchs vor Ort dauerhaft Arbeitsplätze schafft und einen wichtigen Beitrag zu einem zukunftsfähigen Umgang mit Energie leistet. Daran wollen wir anknüpfen. Die energetische Sanierung aller Kindertagesstätten und Schulen in Sachsen-Anhalt bis 2016 erhält mit dem Landesprogramm STARK III - als Bestandteil des Bündnisses für starke Kommunen - oberste Priorität. Gleichzeitig wollen wir die Lehr- und Lernbedingungen in den Städten und Gemeinden spürbar verbessern, die junge Generation konkret an die Energiewende heranführen, die Bausubstanz vorbildlich aufwerten und auf kommunaler Ebene modellhaft Energiekosten einsparen.

Wir wissen, dass in den vergangenen Jahren ein Stau an Energieeinsparberatung im kommunalen, unternehmerischen und privaten Bereich entstanden ist: Es mangelt an einer zentralen und unabhängigen Anlaufstelle für die lokalen Energieberater, einer ganzheitlich angelegten Energieeinspar-Beratung sowie an der Einführung effizienter Umsetzungsstrategien wie dem Energieeinspar-Contracting. Das muss sich ändern, deshalb setzen wir uns dafür und für den Aufbau einer zentralen Datenbank von zertifizierten Energieberatern in Sachsen-Anhalt ein, wie sie in anderen Bundesländern längst üblich ist. Wir wollen so sicherstellen, dass jeder Haushalt, jedes Unternehmen und jede Institution ohne Umwege über eine unabhängige Expertenberatung zur Senkung der in der Regel unnötig hohen Energiekosten verfügen kann. Die Landesregierung muss mit einem umfassenden Energieeinspar-Programm für die landeseigenen Immobilien und zum Nutzen des Landeshaushaltes vorbildhaft voran gehen.

Aber auch in der Wärmeversorgung von Wohn- und Nichtwohngebäuden in den Städten und Gemeinden, bestehen enorme Einsparpotentiale. Hier werden allein etwa 40% der in Deutschland erzeugten Endenergie benötigt. Neu- aber auch Altbauwohnungen im Passivhausstandard benötigen zumeist weniger als 1/10 der Heizenergie einer durchschnittlichen Wohnung. Plusenergiehäuser erzeugen mehr Energie als sie verbrauchen. Beide sind technisch ausgereift und über einen Zeitraum von etwa 20 Jahren gerechnet bereits heute wirtschaftlich realisierbar. Deshalb wollen wir, dass sich entsprechend der EU-Anforderungen für den Zeitraum ab 2020 Passiv- und Plusenergiehäuser als Standard in unserem Land durchsetzen und zeitnah entsprechende Modellvorhaben entstehen.

- **Energieeffizienz durch Dezentralisierung und Kraft-Wärme-Kopplung**

Die notwendige Senkung der bis zu 60% des Primärenergieeinsatzes betragenden Erzeugungs-, Wandlungs- und Transportverluste erfordert zwingend eine Dezentralisierung unserer Strom- und Wärmeversorgung, möglichst in verbrauchsnaher Kraft- Wärme- Kopplung. Denn effiziente Energieversorgungssysteme erzeugen die Energie da, wo sie benötigt wird: In der Region, in den Kommunen, in Stadtteilen und Gebäuden. Deshalb unterstützen wir Bemühungen den Anteil der KWK- und Kleinst-KWK-Nutzungen in Sachsen-Anhalt flächendeckend zu erhöhen. Die damit verbundene Bidirektionalität von Strom- und Gasnetzen ist somit ein wichtiger Beitrag, um die Dezentralisierung der Energieversorgung auf lokaler Ebene gezielt weiter voranzutreiben, die Energieeffizienz maßgeblich zu steigern und den Ausbaubedarf im Stromnetz sinnvoll zu begrenzen. Die Vorgaben eines bundesweit geregelten Energiemanagements für kleine und mittlere Unternehmen sind in diesem Zusammenhang als sehr sinnvoll anzusehen.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53

- Die komplexe Entwicklung und Nutzung Erneuerbarer Energien:

Tangiert durch die unabdinglichen Energieeinspar- und Energieeffizienzmaßnahmen haben wir das Ziel, das Energiesystem des Landes Sachsen-Anhalt nachhaltig umzubauen und aus einer Vielzahl von Anlagen zur Nutzung Erneuerbarer Energien, leistungsstarken Energiespeichern für Windkraft- und Photovoltaiküberschüsse und über intelligente Netz und Verbrauchsstrukturen zu versorgen. Dabei werden die Windkraft, die Bioenergie, photovoltaische Freianlagen z.B. auf einer Vielzahl von Stadtbrachen aber auch die gebäudegestützte Strom- und Wärmeerzeugung aus direkter Sonnenstrahlung absehbar eine große Rolle spielen.

Sachsen-Anhalt gilt heute mit einem Anteil von über 50 % Erneuerbarer Energien am Nettostromverbrauch und vielen innovativen Produktionsstandorten für Erneuerbare-Energie- Anlagen als zukunftsfähiges Vorzeigeland der Energie von morgen. Doch andere Bundesländer sind z.B. auf dem Feld der kommunalen Energiewende mit Hilfe leistungsfähiger Landesenergieagenturen besser aufgestellt und treiben die wissenschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung zukunftsfähiger Energieversorgungsstrukturen erfolgreich voran. Wir halten es u.a. deshalb für zwingend notwendig, die wichtigen Energieakteure in Sachsen-Anhalt - allen voran die Stadtwerke und Kommunen, aber auch die traditionellen Energieversorger und Netzbetreiber, die Lehr- und Forschungseinrichtungen, die Produzenten Erneuerbarer Energietechnologien und insbesondere den Verbraucher als letztendlichen Träger der Energiewende ebenso erfolgreich zu vernetzen und als ersten Schritt dorthin schnellstmöglich einen handlungsorientierten Energiebeirat Sachsen-Anhalt einzuberufen.

Eine sichere Energieversorgung mit Erneuerbaren Energien setzt die Verfügbarkeit der erforderlichen Ressourcen sowohl an geeigneten Energiegewinnungsstandorten (Windkraft, Wasserkraft, Photovoltaik/Solarthermie, Energiespeicher) als auch an Produktionsflächen für Bioenergie (Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz) und die energetische Nutzung biogener Rest- und Wertstoffe unabdingbar voraus, ohne die bestehenden Flächenkonkurrenzen weiter zu verschärfen. Für den wachsenden Standort- und Flächenbedarf im weiteren Ausbau der Windkraft-, insbesondere aber der Photovoltaiknutzung halten wir die Erstellung eines Flächenkatasters für industrielle, kommunale und militärische Brachflächen in Sachsen-Anhalt nach thüringischem Vorbild für erforderlich.

Für das absehbar anstehende Repowering von Windkraftanlagen sollen möglichst alle Standorte von bereits im Netzanschluss befindlichen Windkraftanlagen erhalten bleiben, auch wenn sie sich nicht in den aktuellen Windvorranggebieten befinden. Für die weitere Planung und die effiziente Steuerung der Ressourcen und Potentiale in unserem Land halten wir es für sinnvoll, kurzfristig einen interaktiven Erneuerbare Energien-, Klima- und Ressourcenatlas zu erarbeiten. Mittelfristig wollen wir ein Regionalmanagement für Erneuerbare Energien landesweit etablieren.

Obwohl der Anteil erneuerbare Energie im Bereich der Stromversorgung in Sachsen-Anhalt kontinuierlich wächst, kommt die Nutzung Erneuerbarer Energien in der Wärmeversorgung, die z.B. in Privathaushalten 80% des gesamten Endenergieverbrauches ausmacht, nur sehr langsam voran, die im Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz bundesweit getroffenen Regelungen für Neubauten greifen nur zögerlich. Deshalb wollen wir die Diskussion um ein Erneuerbares-Energie-Wärmegesetz mit der Wohnungswirtschaft und den Mieterverbänden aufnehmen, in

1 der nicht nur der Gebäudeneubau Beachtung findet, sondern auch ein moderates
2 Nutzungspflicht- Modell für die Gebäudebestände eingeführt wird.

- 3
4 • **Über die Energiespeicherung zu einer 100% Versorgung mit Erneuerbaren
5 Energien**

6
7 Das Hauptproblem der das Rückgrat der künftigen Energieerzeugung ausmachenden
8 Windkraft- und Photovoltaikanlagen ist die nur sehr unregelmäßige,
9 witterungsabhängige Verfügbarkeit des erzeugten Stroms. Das betrifft sowohl das
10 Stromnetz zunehmend überlastende Erzeugungsspitzen als auch weitgehende
11 Versorgungsausfälle von bis zu mehr als 2 Wochen.

12
13 Zur Gewährleistung einer sicheren Versorgung muss Strom so gespeichert werden,
14 dass er im Bedarfsfall kurzfristig abrufbar ist. Dabei sind sowohl kurzfristige
15 Schwankungen (Stunden, Tage u.a. über Pump- Speicherkraftwerke- in Sachsen-Anhalt
16 ggf. am Geiseltalsee, künftig Druckluftspeicher, E-Mobilität, Wärmepumpen/
17 Warmwasserspeicher) als auch langfristige Schwankungen über Wochen und Monate
18 auszugleichen, für die kapazitiv adäquate Lösungen jedoch in der Entwicklung sind.

19
20 Die größten Aussichten auf einen zeitnahen Erfolg hat ein Verfahren, das den
21 Überschussstrom vorwiegend aus Wind und Sonne über die Elektrolyse von Wasser
22 zunächst in Wasserstoff und dann in thermochemischer Synthese zu Methan (mit
23 dreifach höherer Energiedichte) konvertiert und dieses im Erdgasnetz als nahezu
24 unbegrenztem Speicher vorhält. Strom-Überschüsse aus Wind und Sonne, die aktuell
25 fast vollständig verschwendet werden, können so erstmals im erforderlichen Umfang
26 gespeichert werden. Zur Abdeckung der Spitzenlast wird das regenerative Methan
27 dann als Regel- und Reserveenergie rückverstromt- von Gas- und Dampfkraftwerken
28 bis auf Haushaltsebene in wärmegeführter Kraft-Wärme-Kopplung. Diese um 2015
29 vermutlich seriell verfügbare Technik unterstützt damit wesentlich den Weg zu einem
30 100% regenerativen und versorgungssicheren Energiesystem und dient gleichzeitig
31 dem Klimaschutz, da sie CO₂ im Prozess bindet.

32
33 Dieses Verfahren ist für die Speichernutzung der ehemaligen Erdgaslagerstätten in
34 unserem Bundesland sehr gut geeignet, passt ausgezeichnet in die
35 Dezentralisierungsstrategie der Energieversorgung Sachsens-Anhalts und wird daher
36 von uns vorrangig gefördert.

- 37
38 • **Von der Quantität zur Qualität: Der Aufbau intelligenter Energienetze**

39
40 Der Ausbau und die Wartung insbesondere des Stromnetzes ist durch die
41 Stromkonzerne in den letzten Jahrzehnten bundesweit sträflich vernachlässigt worden.
42 Die entstandenen Defizite müssen schnellstmöglich beseitigt werden. Zweifelsfrei
43 bedingt der Ausbau der stark fluktuierenden Erneuerbaren Energien eine Anpassung
44 und Erweiterung der Netze, aber Windkraft und Sonnenstrom sind auch im Süden
45 Deutschlands an einer Vielzahl dezentraler Standorte ausreichend und vergleichsweise
46 preiswert verfügbar. Notwendig sind vor allem flächendeckend intelligente Netze, die
47 untereinander (z.B. in der Bidirektionalität von Strom- und Gasnetz) und mit den
48 Verbrauchern (als Smart Grids) korrespondieren und damit für einen optimalen
49 Abgleich von Energieerzeugung, Energiespeicherung und Energieverbrauch
50 (Regenerative Kombikraftwerke) Sorge tragen. Dafür werden wir uns auf Landesebene
51 einsetzen.

52 Da die Energiewende in den ostdeutschen Bundesländern bereits seit Jahren Realität
53 ist, wurde die hierfür notwendige Energieinfrastruktur zwangsläufig deutlich

1 umfangreicher ausgebaut, als in anderen Bundesländern. Als Folge dessen sind erhöhte
2 Netzentgelte - so auch in Sachsen-Anhalt - ein deutlicher Wettbewerbsnachteil. Dies
3 wollen wir ändern und schnellstmöglich in einer bundesweiten Umlage der
4 Netzausbaukosten gesetzlich regeln.

5 **Der Umbau unseres Energiesystems als Bestandteil moderner Industriepolitik**

6
7 Sachsen-Anhalt soll auch in Zukunft ein wirtschaftlich erfolgreicher Industriestandort
8 sein. Eine De-Industrialisierung nach dem Vorbild anderer Länder ist für uns keine
9 Option. Die neuen Produkte und Dienstleistungen, die eine nachhaltige Energiepolitik
10 anreizen, werden den Standort Sachsen-Anhalt weiter stärken. Hierbei kommt es
11 darauf an, dass sich bestehende und neue Industrien effizient miteinander vernetzen.
12 Die vorhandenen Wertschöpfungsketten von der industriellen Grundstoffproduktion
13 bis zu hochspezialisierten High-Tech-Mittelständlern ist die entscheidende
14 Voraussetzung für Innovationen, die für die Energiewende und den Klimaschutz
15 notwendig sind.

16
17 Eine nachhaltige Industriepolitik muss die Wirtschaft unabhängiger von den
18 Preisentwicklungen an den Rohstoffmärkten machen und sie auf Leitmärkte der
19 Zukunft wie Energie, Ressourceneffizienz, kohlenstoffarme Produktion und Mobilität
20 vorbereiten. Hierzu ist es notwendig, politische Rahmenbedingungen zu schaffen, die
21 Innovationen fördern, Technologiesprünge anreizen und zur zügigen Markteinführung
22 neuer Technologien beitragen. Nicht nur Sachsen-Anhalt, sondern ganz Deutschland
23 steht vor der Herausforderung, die stoffliche und energetische Basis der Industrie auf
24 nachhaltige Technologien und nachwachsende Rohstoffe umzustellen. Hierbei werden
25 wir darauf achten, dass die Ziele des strategischen Dreiecks – Klimagerechtigkeit,
26 Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit – nicht gegeneinander ausgespielt
27 werden. Dabei müssen Innovationsfähigkeit und Ressourceneffizienz in der Wirtschaft
28 genauso wie Planungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit im internationalen
29 Vergleich für die Wirtschaft gefordert werden.

30
31 Für uns ist es wichtig, dass sich beispielsweise die Grundstoffindustrie und die
32 nachgelagerten Branchen im internationalen Wettbewerb auch gegen solche
33 Konkurrenten behaupten können, die zu subventionierten Energiepreisen und ohne
34 strenge klimapolitische Vorgaben wie dem europäischen Emissionshandelssystem
35 wirtschaften. Die ab 2013 geltende Richtlinie über den Emissionshandel (EHS-Richtlinie)
36 der Europäischen Kommission sieht vor, dass die Mitgliedsstaaten finanzielle
37 Maßnahmen zugunsten von Wirtschaftszweigen ergreifen können, für die ein
38 erhebliches Risiko einer Verlagerung von CO₂-Emissionen mit der Verlagerung des
39 Standortes in das außereuropäische Ausland besteht („carbon leakage“). In diesem
40 Sinne fordern wir die Bundesregierung auf, gegenüber der EU Einfluss zu nehmen, um
41 wirksame Kompensationslösungen zu finden, die die Wettbewerbsfähigkeit unserer
42 Industrie erhalten und stärken.

43
44 Infolge des sinnvollen Ausstiegs aus der Atomenergie hat die Diskussion um den Bau
45 neuer Kraftwerke auch in Sachsen-Anhalt nicht an Dynamik verloren. In diesem
46 Zusammenhang vertreten wir die Auffassung, dass es keine pauschale Förderung
47 konventioneller Kraftwerkskapazitäten geben darf. Vielmehr muss das entscheidende
48 Kriterium für bundeseinheitliche Fördermaßnahmen sein, dass die betreffenden
49 Kapazitäten tatsächlich in der Lage sind, ihre Erzeugung an die volatil erzeugte Energie
50 aus Windkraft und Sonnenenergie anzupassen. Ein hoher Grad an Flexibilität und
51 Effizienz sind Grundvoraussetzungen für eine nachhaltige und bedarfsgerechte
52 Energieversorgung in Sachsen-Anhalt.

53

1 Um die Herausforderungen und Chancen der Umgestaltung der sachsen-anhaltischen
2 Energieversorgung kontinuierlich mit den Akteuren erörtern zu können, schlagen wir
3 die Einrichtung eines ständigen Energiedialogs zwischen Industrie, Handwerk,
4 Energieversorgern und Netzbetreibern unter der Leitung der Landesregierung vor.

5
6 Es ist im Zuge der globalen Wirtschaftskrise deutlich geworden, dass sich am
7 Industriestandort Deutschland vor allem Industrien behaupten können, die sich durch
8 Innovationen und Technologieführerschaft auszeichnen. Für das Land Sachsen-Anhalt
9 heißt dies, dass wir Branchen mit hoher Innovationskraft und mit Produkten, die sich
10 im globalen Wettbewerb durchsetzen können, wie z.B. dem Maschinen- und
11 Anlagenbau ein wichtiges Augenmerk zukommen lassen müssen. Besonders die
12 Förderung von Forschung und Entwicklung muss eine Hauptrolle bei der Ausgestaltung
13 unserer Industrie- und Energiepolitik spielen. Dauerhafte Wettbewerbsfähigkeit und
14 sichere Arbeitsplätze werden in ersten Linie dort entstehen, wo durch Forschung &
15 Entwicklung langfristige Innovationstätigkeit (z.B. Entwicklung und Fertigung neuer
16 besonders leistungsfähiger Materialien für Windturbinen o.ä.) und dadurch ein
17 Vorsprung vor internationalen Wettbewerbern erreicht werden kann – nur so können
18 Unternehmen gesichert und damit auch Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Wohlstand
19 in Sachsen-Anhalt langfristig erhalten bleiben.

22 Umstrukturierung der Braunkohlewirtschaft - Kohlechemie als soziale, ökonomische 23 und ökologische Chance

24
25 Die Braunkohle hat insbesondere den Osten Deutschlands geprägt. Noch heute sind
26 Industrieregionen mit ihrem Energieträger Braunkohle verbunden. Wir wissen um die
27 Verantwortung die wir bei der Umstrukturierung der Braunkohleindustrie tragen und
28 stellen uns dieser Herausforderung.

29
30 Die Braunkohle bleibt der wichtigste heimische Rohstoff für die sich international
31 wieder belebende Kohlechemie. Das in der Diskussion befindliche Forschungsdreieck
32 Sachsen-Anhalt/ Sachsen/ Brandenburg kann sich dabei zu einem für Deutschland
33 wichtigen Entwicklungsstandort profilieren. In diesem Zusammenhang werden wir alle
34 Bemühungen, die Braunkohle als dringend benötigten Rohstoff für vielfältige
35 chemische Prozesse neu zu etablieren, aktiv und vorrangig unterstützen.

38 Die Folgekosten der Energiegewinnung berücksichtigen

39
40 Die derzeitige Energiegewinnung ist in Teilen entkoppelt von den entstehenden
41 Folgekosten für die Gesellschaft. Gerade bei der Atomkraft haben die Unternehmen
42 viel Geld verdient, der Steuerzahler trägt aber auf Jahrtausende die Kosten der
43 Endlagerung. Wir stehen für eine Abkehr von diesem Prinzip. Jede Energieerzeugung
44 muss mit einer schrittweise einzuführenden Folgekostenabgabe versehen werden, um
45 endlich die Realkosten der Energiegewinnung abzubilden und unsinnige
46 Quersubventionierungen von nicht nachhaltigen Energien zu stoppen.

49 Die Rolle der Kommunen, Unternehmen und der Bürgerinnen und Bürger in der 50 Energiewende

51
52 Die Entwicklung eines Binnenmarktes für Produkte und Anwendungen der
53 Energieeinsparung, der Erhöhung der Energieeffizienz, der Nutzung Erneuerbarer
54 Energien, der Energiespeicherung und der intelligenten Ertüchtigung der Energienetze

1 wird zu einer vordringlichen Aufgabe der Landesenergiepolitik. Während die
2 Entwicklung marktfähiger Technologien vergleichsweise schnell vorankommt, national
3 wirksam ist und weltweit nachgefragte Produkte hervorbringt, muss ein
4 funktionierender Binnenmarkt - in den Landkreisen, den Kommunen, der Wirtschaft
5 und möglichst vieler Bürger - erst noch aufgebaut werden.

6

7 Die Existenz dieses Binnenmarktes entscheidet maßgeblich darüber, ob und wann sich
8 unser Land nachhaltig energetisch versorgen kann und die Regionen von der
9 regionalen Wertschöpfung im Energiebereich profitieren. Aus diesem Grund halten wir
10 es für wichtig, kommunale Modellvorhaben der Eigennutzung von Windkraft,
11 Bioenergie und direkter Sonnenenergie zur völligen Umstellung der Energieversorgung
12 Städten und Gemeinden entsprechend des Koalitionsvertrages der 6. Wahlperiode zu
13 initiieren. Die Schaffung von kommunalen Energie- und Ressourcenparks z.B. auf
14 ausgewiesenen, aber nicht genutzten Gewerbeflächen und Stadtbrachen halten wir für
15 sehr sinnvolle Vorhaben, auch um den Flächen- und damit den Netzausbaubedarf in
16 Sachsen-Anhalt zu reduzieren.

17

18 In vielen Kommunen des Landes laufen absehbar die Konzessionsverträge für das
19 Strom- und Gasnetz aus. Das Energiewirtschaftsgesetz gibt den Kommunen das
20 alleinige Recht, die lokalen Energienetze zu betreiben. Die (Wieder-) Übernahme dieser
21 Netze durch Stadtwerke oder Stadtwerkeverbände stärkt die regionale und dezentrale
22 Energieerzeugung. Der Ausbau und die Instandhaltung der Netze ist mit deren Re-
23 Kommunalisierung nicht mehr dem Gewinnstreben von Energiekonzernen
24 unterworfen, Versorgungssicherheit und Energiepreise werden Ortsangelegenheit und
25 die Wertschöpfung verbleibt in den Städten und Gemeinden.

26

27 Der Netzbetrieb führt in der Regel trotz der Regulierung durch die Bundesnetzagentur
28 und der Abführung der Konzessionsabgabe kaum zu Gewinnen. Produktion und
29 Vertrieb von Strom und Gas sind hingegen hochprofitable Geschäftsfelder, die zu
30 zusätzlichen Gewerbesteuererträgen führen. Viele Kommunen gehen den Weg in
31 die Re-Kommunalisierung nur deshalb nicht, weil sie die Investitionskosten in die
32 Netze und die Erneuerbare Energieanlagen nicht tragen können und die anfallenden
33 Rückkaufkosten gemeinhin für kommunale Haushalte nicht zu verkraften sind. Hierfür
34 bedarf es strategischer Allianzen und starker Stadtwerke und Stadtwerkeverbände. Die
35 Beratung und Finanzierung könnte über die Investitionsbank erfolgen, muss aber
36 landesrechtlich umgesetzt werden.

37

38 **Energetische Eigenversorgung und Wertschöpfung vor Ort - Senkung der** 39 **Energiekosten, Sicherung von Wirtschaftskraft und Arbeitsplätzen**

40 Der dezentrale Ausbau Erneuerbarer Energien generiert z.Zt. in den deutschen Städten
41 und Gemeinden eine Wertschöpfung von annähernd 6,8 Milliarden Euro/ a, 2020
42 vermutlich bereits mehr als das Doppelte. Der flächendeckende und dezentrale Ausbau
43 Erneuerbarer Energien ist für Kommunen umso profitabler, je mehr Anlagen,
44 (möglichst eigene) Betreibergesellschaften, Hersteller oder Zulieferer vor Ort
45 angesiedelt sind: durch Steuer- und Pachteinnahmen, Unternehmensgewinne und
46 neue Arbeitsplätze sowie durch die Einsparung fossiler Brennstoffe.

47 Die Regionen und Kommunen erkennen vermehrt die Bedeutung einer aktiven und
48 weitschauenden Daseinsvorsorge, die den ökonomischen und ökologischen Interessen
49 des Gemeinwesens am besten entspricht. Ein verstärktes Engagement in den Bereichen
50 Erneuerbare Energien und Energieeffizienz bietet die Chance zur Teilhabe an
51 wirtschaftlichem Erfolg, zur Finanzierung wichtiger kommunaler Vorhaben und zur

1 Haushaltsentlastung, zur Sicherung von Standorten, von Arbeitsplätzen und der
2 lokalen Wertschöpfung.

3
4 Für den vorwiegend ländlichen Raum in Sachsen-Anhalt ist das von unschätzbare
5 Bedeutung: Er würde über eine 100%tige Eigenversorgung absehbar sogar zum
6 Energieexporteur für die Versorgung der Ballungszentren werden können und
7 entsprechend erstarken. Dazu ist es unumgänglich, dass die Kommunen und ihre
8 Bürger z.B. über in Gänze eigene Stadtwerke Zugriff auf den Beginn der
9 Wertschöpfungskette erhalten und sich (zeitlich befristet) die Standorte für
10 Erneuerbare Energieanlagen, insbesondere der Windkraft, sichern können. Dafür und
11 zur Verhinderung von inakzeptablen Fremdabhängigkeiten - wie bei der fossilen
12 Energieversorgung - wollen wir umgehend gesetzgeberisch aktiv tätig werden.

13
14 „Bürgerbeteiligungen für jedermann“ ermöglichen eine breite Partizipation an Anlagen
15 zur Nutzung Erneuerbarer Energien, bewirken somit eine höhere Akzeptanz und
16 ermöglichen damit regionale Wertschöpfungsprozesse auf breitester Basis.

17
18
19 **Innovationen durch Forschung und Entwicklung, Aus- und Weiterbildung im
20 Praxisverbund**

21
22 Besonders in den neuen Bundesländern haben sich bedingt durch neue
23 Produktionszentren, wie z.B. dem mitteldeutschen SolarValley, innovative
24 Technologiecluster gebildet die für die Zukunftsbranche Erneuerbaren Energien stehen.
25 Im Hinblick auf die extrem dynamischen Veränderung des Weltmarktes ist es
26 notwendig, umgehend Maßnahmen zu ergreifen um die Technologieführerschaft im
27 GreenTech- und Energiebereich zu sichern. Hierzu stehen Bund und Länder in der
28 Verantwortung, die Forschung und Entwicklung der Unternehmen gemeinsam mit
29 leistungsfähigen Instituten und Hochschulen zukunftsfest auszubauen.

30 Die Verzahnung von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen im Bereich der
31 Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien mit der
32 unternehmerischen Produktentwicklung funktioniert in Sachsen-Anhalt bereits
33 vergleichsweise gut. Für den Ausbau komplexer energetisch-stofflicher
34 Verwertungstechnologien und deren Logistik bedarf es jedoch eines deutlich höheren
35 Kooperationsgrades von universitären und außeruniversitären Einrichtungen in
36 direktem Praxisverbund z.B. mit den Stadtwerken und Kommunen unseres Landes.

37
38 Mit Unterstützung der Landesregierung und in direkten Kooperationen zwischen den
39 Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, den Branchenunternehmen und den
40 Landkreisen und Kommunen könnten so energetische „Leuchtturmprojekte“ entstehen
41 und innerhalb einer Internationalen Ausstellung „Energie – Klimaschutz – Innovation“
42 in Sachsen-Anhalt 2020 präsentiert werden.

43
44 Darüber hinaus sind umfassende Aus- und Weiterbildungsangebote (Solartechnik,
45 Fachkraft für Erneuerbare Energien, Ressourcentechniker, Klima-, Naturschutz- und
46 Umweltwirt u.a.) bis hin zu praktischen, bürgernahen Fachinformationen (Heimwerker)
47 erforderlich. Deshalb setzen wir uns für die Entwicklung einer ganzheitlichen
48 Forschungs-, Entwicklungs-, Aus- und Weiterbildungsstrategie ein.

49
50
51 ***Empfehlung der Antragskommission: Annahme***

Leitantrag 2

AntragstellerInnen: SPD-Landesvorstand

Sozialen Zusammenhalt erhalten – Gemeinschaft leben – Verantwortung wahrnehmen

1 Die Grundwerte der SPD – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – sind heute wie vor
2 fast 150 Jahren von großer Bedeutung für das menschliche Zusammenleben. Nur wo
3 sich die Gesellschaft zu diesen Grundwerten bekennt, können Wohlstand und
4 Zufriedenheit entstehen. Kein Mensch soll Knecht oder Herr sein. Vielmehr geht es um
5 die Gestaltung des gemeinsamen Fortschritts einer Gesellschaft, zu dem alle ihren
6 Anteil leisten sollen, damit alle Menschen davon profitieren können.

7 Um den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken, setzt sich die SPD
8 in Sachsen-Anhalt dafür ein, dass alle Menschen unseres Landes gleiche Chancen
9 eröffnet bekommen.

10 Wir übernehmen Verantwortung für die Menschen

11 Unser Anspruch ist klar: Wir wollen das Land regieren und sozialdemokratische
12 Programmatik im Sinne der Menschen durchsetzen. Regieren ist für uns kein
13 Selbstzweck. Die Regierungsbeteiligung der SPD in Sachsen-Anhalt wird weiter dafür
14 sorgen, dass hier Politik für die Menschen gemacht wird. Gerade die aktuelle Finanz-
15 und Eurokrise zeigt, dass wir eine Stärkung des Demokratischen und des Sozialen in
16 unserer Gesellschaft brauchen. Hierfür wollen wir Sozialdemokraten Verantwortung
17 übernehmen. In den Kommunen, in unserem Bundesland und ab 2013 auch wieder auf
18 Bundesebene. Das schwarz-gelbe Chaos muss ein Ende finden. Die Menschen in
19 unserem Land brauchen gute Arbeit, um davon leben zu können und sie brauchen
20 gleiche Bildungschancen um teilhaben zu können am Fortschritt und Wohlstand
21 unserer Gesellschaft.

22 Deshalb kämpft die SPD für die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns. Deshalb
23 kämpfen wir für die Einführung einer Bürgerversicherung in der Gesundheit und
24 Pflege.

25 Wir machen Bildung zum Schlüssel für mehr Chancengerechtigkeit

26 Bildung ist die zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und individuelle
27 Aufstiegschancen. Die SPD setzt sich dafür ein, dass allen Menschen gleiche
28 Bildungschancen eröffnet werden. Aus diesem Grund hat die SPD in Sachsen-Anhalt im
29 Landtagswahlkampf 2011 allen Bürgerinnen und Bürgern versprochen, dass mit uns alle
30 Kinder wieder einen Anspruch auf einen Ganztagsplatz in einer Kindertagesstätte
31 haben. Egal aus welchem sozialen Umfeld Kinder stammen, sie müssen alle die
32 Möglichkeit zur Teilhabe erhalten. Unsere Überzeugung bleibt: Soziale Herkunft darf
33 nicht über den Bildungserfolg entscheiden – deshalb freuen wir uns, dass ab 2013 das
34 KiFöG novelliert wird und damit die Kinderbetreuung besser sein wird als heute!

1 Kindergarten ist weit mehr als Betreuung, Kindergarten ist Bildung von Anfang an! Mit
2 dem Programm „Bildung.elementar“ ist Sachsen-Anhalt ein Vorreiter im Bereich der
3 frühkindlichen Bildung. Aber die Umsetzung dieses Programms gelingt nur, wenn wir
4 ausreichend gut qualifiziertes Personal in unseren Kindertageseinrichtungen haben.
5 Deshalb wollen wir mittelfristig mehr Erzieher- und Erzieherinnen mit einer
6 Fachhochschulausbildung in unseren KiTas beschäftigen. Außerdem wollen wir die
7 Infrastruktur von Kindergärten und Schulen verbessern. Über das Programm STARK III
8 werden allen Kommunen finanzielle Mittel zur Sanierung und Modernisierung zur
9 Verfügung gestellt.

10 Wir wollen Kindern den Übergang vom Kindergarten in die Grundschule erleichtern.
11 Eine bessere Vernetzung dieser beiden Bildungseinrichtungen ist unser Ziel. Dabei geht
12 es nicht um teure Programme, sondern viel mehr um das Werben für Verständnis auf
13 beiden Seiten und der Möglichkeit voneinander lernen zu können. Gemeinsame
14 Weiterbildungsangebote für Erzieher und Erzieherinnen und Grundschullehrer und
15 Grundschullehrerinnen sind auf diesem Weg nur ein Anfang. Das gute
16 Zusammenarbeiten beider Bildungssysteme – Kindergarten und Grundschule –
17 erleichtert Kindern den Schritt in die Welt. Denn nur wer Spaß am Lernen hat, wer
18 seine Neugier bewahrt kann in der Schule erfolgreich sein.

19 Wir bekennen uns zum Prinzip des längeren gemeinsamen Lernens aller Kinder. Mit
20 dem Modell der Gemeinschaftsschule lassen sich die Grundsätze frühstmöglicher
21 Förderung, mehr Bildungsgerechtigkeit und verbesserter vertikaler Durchlässigkeit im
22 Schulsystem optimal verwirklichen. Wir wollen die Möglichkeit, auf freiwilliger Basis
23 Gemeinschaftsschulen aufzubauen, zur Mitte der Legislaturperiode 2013/14 einführen.
24 Vorab werden relevante Sachverhalte zur Implementierung von Gemeinschaftsschulen
25 erörtert und Vorschläge zu inhaltlich strukturellen und schulrechtlichen
26 Rahmenbedingungen unter Einbeziehung von Wirtschafts- und Kommunalvertretern
27 entwickelt. Dies steht auch unter dem Gebot des demografischen Wandels, der gerade
28 in ländlichen Regionen in der Schullandschaft Lücken aufreißt, die die
29 Gemeinschaftsschule schließen helfen kann.

30 Neben der sozialen Herkunft dürfen auch Ländergrenzen nicht über Aufstiegschancen
31 eines Kindes entscheiden. Wir werden uns deswegen für eine stärkere Koordinierung
32 von Bildungspolitik auf der nationalen Ebene, so auf Bildungsstandards, einsetzen.

33 Aber wir dürfen auch jene nicht vergessen, die in oder nach der Schule eine zweite
34 Chance brauchen. Rund 12 Prozent junge Erwachsene im Alter zwischen 20 und 30
35 Jahren sind in unserem Bundesland ohne jeden Berufsabschluss. Mehr als 1.600
36 Schülerinnen und Schüler haben im Jahr 2010 das Schulsystem hier ohne jeden
37 Abschluss verlassen. Gleichzeitig wächst der Fachkräftemangel in der deutschen
38 Wirtschaft. Durch eine tief greifende Reform des Übergangssystems und eine
39 Berufsausbildungsgarantie wollen wir dafür sorgen, dass alle Jugendlichen und jungen
40 Erwachsenen einen vollqualifizierenden Berufsabschluss erhalten. Wir können und
41 dürfen es uns nicht länger leisten, so viele Talente wie bisher ungenutzt zu lassen.

42 Deshalb halten wir trotz der gesunkenen Kinderzahlen an den Studienplatzkapazitäten
43 unserer Hochschulen fest. Der Hochschulpakt von Bund und Ländern, den
44 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten maßgeblich durchgesetzt haben, ist ein
45 Erfolgsmodell. Wir wollen dieses Bund-Länder-Programm fortsetzen und ausbauen.
46 Wichtiger Baustein eines neuen Hochschulpaktes muss ein gerechter Lastenausgleich
47 zwischen west- und ostdeutschen Bundesländern sein. Die guten Studienbedingungen
48 an unseren Hochschulen locken immer mehr Abiturientinnen und Abiturienten aus den

1 westdeutschen Bundesländern nach Sachsen-Anhalt. Darüber freuen wir uns! Leider
2 bleiben aber nicht alle Hochschulabsolventen bei uns – damit trägt Sachsen-Anhalt
3 einen Großteil der Ausbildungskosten für andere Bundesländer. Hier muss über einen
4 Ausgleich gesprochen werden.

5 In den nächsten Jahren sollte verstärkt der Ausbau von Master-Studienplätzen und die
6 notwendige Begleitinfrastruktur gefördert werden. Das ist eine wichtige
7 Voraussetzung, um allen Bachelor-Absolventen, die ein Master-Studium aufnehmen
8 wollen, einen Studienplatz anbieten zu können.

9 Wir wollen, dass niemand aus finanziellen Gründen auf ein Studium verzichten muss.
10 Deshalb setzen wir nicht nur konsequent auf die Gebührenfreiheit des Studiums,
11 sondern auch auf den weiteren Ausbau des BAföG. Eine verlässliche und auf
12 Rechtsansprüchen basierende Studienfinanzierung ist die einzig wirksame Garantie
13 dafür, dass Interesse am Studienfach und der Ehrgeiz zu einem möglichst hohen
14 Bildungsabschluss für die Aufnahme eines Studiums entscheidend sind und nicht der
15 Geldbeutel der Eltern.

16 Gleiche Teilhabechancen bedeuten für uns aber auch, dass Kinder ohne Behinderung
17 zusammen mit Kindern mit Behinderung aufwachsen. Sowohl im Kindergarten wie
18 auch in der Schule wollen wir Inklusion leben. Die Trennung von Menschen mit
19 Behinderung und ohne Behinderung muss aufgehoben werden. Vielmehr müssen
20 Hilfs- und Unterstützungsangebote allen Menschen mit Behinderung das Leben in der
21 Mitte der Gesellschaft ermöglichen. Die SPD in Sachsen-Anhalt wird daher die Ziele der
22 Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen umsetzen.

23 **Wir wollen gute Arbeit**

24 Gute Arbeit ist für uns zentral. Arbeit ist für die Menschen sinnstiftend und sichert
25 gleichzeitig ihren Lebensunterhalt. Deswegen ist für uns klar: Wer arbeitet muss davon
26 leben können. Frauen und Männer müssen für gleiche Arbeit gleich bezahlt werden.
27 Die flächendeckende Einführung eines Mindestlohns ist für uns eine Frage der Würde,
28 aber auch der ökonomischen Vernunft. Wir lassen nicht zu, dass Unternehmen
29 Lohnpolitik auf Kosten der Steuerzahler machen und schützen gleichzeitig klein- und
30 mittelständische Unternehmen gegen Lohndumping. Deshalb werden wir in dieser
31 Legislatur ein Vergabegesetz verabschieden. Die Änderungen bei der Leiharbeit gehen
32 uns nicht weit genug. Die Einführung einer Lohnuntergrenze war überfällig. Weitere
33 Schritte müssen jedoch folgen. Der sogenannte „Drehtüreffekt“, also der Austausch
34 von Belegschaften, muss effektiv verhindert werden. Das Prinzip „Gleicher Lohn für
35 gleiche Arbeit“ muss uneingeschränkt gelten.

36 Gute Arbeit bedeutet Mitbestimmung und starke Gewerkschaften. Die Angriffe von
37 CDU und FDP auf die Arbeitnehmerrechte sind nicht vergessen. Starke Unternehmen
38 und eine starke Wirtschaft wird es nur dann dauerhaft geben, wenn die Arbeitnehmer
39 in Entscheidungsprozesse eingebunden sind. Diese Position werden wir deutlich
40 machen und hierfür kämpfen. Im Bereich der Personengesellschaften wollen wir die
41 Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiter ausbauen.
42 Gute Arbeit bedeutet auch qualifizierte Arbeit. Deshalb gehören gute Ausbildung und
43 bessere Rahmenbedingungen für Weiterbildung dazu. Zur Guten Arbeit gehört für uns
44 auch, dass sie nicht krank macht. Betriebliche Gesundheitsförderung ist deshalb
45 notwendige Voraussetzung für Leistungsfähigkeit über die gesamte Spanne der
46 Erwerbstätigkeit. Bessere Rahmenbedingungen für ältere Erwerbstätige zu schaffen, ist
47 ein wichtiger Teilaspekt. Wichtig ist, dass es ausreichend sozialversicherungspflichtige

1 und qualifizierte Beschäftigungsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmer gibt. Neben der
2 weiteren Erhöhung der Erwerbsquote Älterer werden wir, wie versprochen, die
3 Übergänge in die Rente flexibel gestalten. Für jene, die ihre Erwerbsfähigkeit ganz oder
4 teilweise verloren haben, brauchen wir gerechte Übergänge in die Altersrente.
5 Grundsätzlich brauchen wir aber auch stärkere Initiativen zur Humanisierung der
6 Arbeitswelt, um die Beschäftigungsfähigkeit der Menschen zu sichern. Dazu gehören
7 auch die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Verwirklichung von
8 Chancengleichheit in der Berufswelt.

9 **Wir fördern starke Familien und schaffen Zusammenhalt**

10 Wir stärken den Zusammenhalt in unserem Land. Familie ist für uns da, wo Menschen
11 generationenübergreifend und partnerschaftlich Verantwortung füreinander
12 übernehmen. Wir fördern das gesunde Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. Mit
13 dem Landesgesetz zum Schutz des Kindeswohls und zur Förderung der
14 Kindergesundheit haben wir einen wichtigen Rahmen gesetzt. Lokale Netzwerke
15 Kinderschutz führen Gesundheitsdienste, Einrichtungen und Träger der Jugendhilfe
16 zusammen mit Kinderschutzorganisationen, Ärzten und Hebammen.

17 Für uns bedeutet familienfreundliche Politik auch eine Arbeitsmarkt- und
18 Wirtschaftspolitik, die Unternehmen dafür gewinnt, sichere Arbeitsplätze zu schaffen
19 sowie Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten so zu gestalten, dass sie den Bedürfnissen
20 aller Eltern, vor allem von Alleinerziehenden, besser gerecht werden.

21 Damit sich die Situation von Familien verbessert, hat die SPD als Regierungsfraktion ein
22 Programm aufgelegt, das insbesondere arbeitslosen Männern und Frauen mit Kindern
23 eine Chance eröffnet. Spezielle Weiterbildungs- und Förderangebote werden dazu
24 beitragen, dass Alleinerziehenden der Weg auf den ersten Arbeitsmarkt geebnet wird.

25 Wir wollen all jene unterstützen, die sich für andere engagieren. In Sportvereinen,
26 Nachbarschaftshilfen, Kirchen oder Selbsthilfegruppen übernehmen Menschen für
27 Menschen Verantwortung. Sie bilden den Kitt in unserer Gesellschaft. Deshalb gehört
28 ihnen unser Respekt und unsere Achtung. Mit der Einführung des
29 Versicherungsschutzes für ehrenamtlich Engagierte hat die SPD in Sachsen-Anhalt
30 bereits einen großen Schritt zur rechtlichen Absicherung von bürgerschaftlichem
31 Engagement geleistet. Aber wir werden auch darauf achten, dass ehrenamtliches
32 Engagement nicht den Wegfall von öffentlichen Angeboten ersetzen muss. Wir wollen
33 ein gleichberechtigtes Nebeneinander von öffentlichen Hilfestrukturen und
34 ehrenamtlichen Angeboten.

35 **Wir stellen soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt: Gesundheit und Pflege**

36 Eine entscheidende Frage für die kommenden Jahre wird sein, wie wir unsere sozialen
37 Sicherungssysteme weiterentwickeln und zukunftsfest aufstellen. Für die SPD ist die
38 solidarische und qualitätsorientierte Weiterentwicklung des Gesundheitssystems eine
39 zentrale Frage der Gerechtigkeit. Wir wollen nicht, dass die Gesellschaft an der Frage
40 der Gesundheit auseinander fällt.

41 Für das Krankenversicherungssystem geht es uns darum, eines der modernsten,
42 leistungsfähigsten und gerechtesten Gesundheitssysteme der Welt zu entwickeln, das
43 für alle Bürgerinnen und Bürger da ist. Mit der Bürgerversicherung hat die SPD ein
44 Konzept vorlegt, das diesen hohen Anforderungen entspricht. Wir wollen ein
45 einheitliches Versicherungssystem umsetzen, das in jeder Lebenslage guten sozialen

1 Schutz bietet und die Menschen fördert, ihre Chancen in unterschiedlichen
2 Erwerbsformen ein Leben lang wahrzunehmen. Das zentrale Prinzip der deutschen
3 Sozialversicherung der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung wird
4 fortgesetzt und durch einen dynamisierten Steuerzuschuss ergänzt: Wir wollen, dass
5 auch in Zukunft alle Versicherten am medizinischen Fortschritt teilhaben – unabhängig
6 von ihrem sozialen Status oder Wohnort. Mit der Bürgerversicherung als Gegenentwurf
7 zur Zwei-Klassen-Medizin wollen wir die Finanzierung dieses sozialen Rechtsanspruchs
8 absichern.

9 Pflegepolitik ist für die SPD eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Niemand, der
10 pflegebedürftig geworden ist, darf abseits stehen, sondern muss sich auf die Solidarität
11 der jüngeren und insbesondere der Nicht-Pflegebedürftigen in unserer Gesellschaft
12 verlassen können. Hierzu ist eine Reform der Pflegeversicherung nötig, mit der wir für
13 Pflegebedürftige die Unterstützung und Sicherung der Teilhabe ausdehnen,
14 Pflegepersonen weiter entlasten, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ermöglichen,
15 die Arbeit für Pflegefachkräfte gewährleisten und die Infrastruktur der Pflege
16 ausbauen und insbesondere den Bedürfnissen der steigenden Zahl dementiell
17 erkrankter Menschen gerecht werden. Alle Menschen in Deutschland sollen sich darauf
18 verlassen können: In Würde alt werden und auch die letzten Lebensphasen so zu
19 gestalten darf kein Luxusgut werden. Gute Pflege und soziale Teilhabe auch im hohen
20 Alter für alle zu gewährleisten, ist unser Ziel. Das geht nur in einer Solidarität, von der
21 alle profitieren.

22

23

24 *Empfehlung der Antragskommission: Annahme mit folgenden Änderungen:*

25 *Seite 14 Zeile 15 und 16: „des Demokratischen und des Sozialen“ wird gestrichen und*
26 *durch „der Demokratie und Solidarität“ ersetzt*

27 *Seite 16 Zeile 24: „und sichert“ wird gestrichen und durch „und soll sichern...“ ersetzt*

28

Satzungsänderung 1

AntragstellerInnen: Juso-Landesvorstand

Satzungsänderung: Antragskommission

1 Der SPD-Landesparteitag möge folgende Satzungsänderung beschließen:
2 Dem §4 Absatz 7 wird folgendes angefügt: „Die Mitglieder der Antragskommission
3 werden vom jeweiligen Stadt- bzw. Kreisverband zeitgleich mit den Delegierten für den
4 Landesparteitag und für den gleichen Zeitraum gewählt.“

5
6 **Begründung:**

7 Da die Antragskommission eine wichtige Rolle in der inhaltlichen Vorbereitung eines
8 jeden Landesparteitages spielt und dadurch die Mitglieder der Kommission eine große
9 Verantwortung tragen, ist es notwendig, dass die einzelnen Stadt- bzw. Kreisverbände
10 ihr Mitglied in dieser Kommission wählen und somit dem/derjenigen die notwendige
11 Legitimation verschaffen.

12

13

14 ***Empfehlung der Antragskommission: Ablehnung***

Satzungsänderung 2

AntragstellerInnen: Juso-Landesvorstand

Wahlkreisvollversammlungen zur Aufstellung von Landtagskandidaten

1 Der Landesparteitag möge den SPD Kreisverbänden in Sachsen-Anhalt empfehlen, dass
2 die Aufstellung der Landtagskandidaten grundsätzlich per Wahlkreisvollversammlung
3 stattfindet.

4

5 **Begründung:**

6 Der SPD Landesverband hat ca. 4100 Mitglieder und es gibt 45 Landtagswahlkreise hier
7 in unserem Bundesland. Das entspricht rund 90 SPD-Mitgliedern pro
8 Landtagswahlkreis. Die Zahlen sprechen für sich. Die Anzahl der SPD-Mitglieder in
9 unserem Land ist sehr überschaubar. Daher ist es das Gebot der Stunde alle Mitglieder,
10 wo es nur geht einzubeziehen. Aber auch für die Gewinnung Neumitglieder kann es
11 nur von Vorteil sein, wenn die SPD als Mitmachpartei an Profil gewinnt.

12

13

14 *Empfehlung der Antragskommission: Ablehnung*

Satzungsänderung 3

AntragstellerInnen: SV Halle/Juso-Landesvorstand

Satzungsänderung: Rederecht für SPD-Mitglieder

1 In der Satzung des SPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt wird in §4 ‚Landesparteitag‘
2 ein neuer Absatz (6) mit folgendem Wortlaut eingefügt:

3
4 *Rederecht haben grundsätzlich alle anwesenden Mitglieder des SPD-Landesverbandes*
5 *Sachsen-Anhalt.*

6
7 Die folgenden Absätze von §4 sind entsprechend neu zu nummerieren.

8
9 **Begründung:**

10 Das Rederecht gehört neben dem Stimmrecht zu den wichtigsten Rechten der SPD-
11 Mitglieder. Nun gibt es verschiedene Gründe, das Stimmrecht auf Parteitag auf die
12 Delegierten zu beschränken, wie zum Beispiel die Notwendigkeit einer angemessenen
13 Repräsentation aller Landesteile ungeachtet des Tagungsortes. Diese Gründe gelten
14 allerdings nicht für Beschränkungen im Rederecht. Grundsätzlich sollten alle SPD-
15 Mitglieder, die die Anreise zu einem Parteitag auf sich nehmen, dort auch ihre Meinung
16 äußern dürfen. Dass Parteitage damit schwieriger zu händeln seien, da dann der
17 redeberechtigte Personenkreis theoretisch bei über 4.000 liegt, ist eine unbegründete
18 Furcht. Der letzte Mitgliederkonvent der SPD Sachsen-Anhalt in Halle zur Kür des
19 Spitzenkandidaten zur Landtagswahl hat dies in der Praxis gezeigt. Darüber hinaus gibt
20 es weiterhin die üblichen Möglichkeiten der Geschäftsordnung, Parteitage in
21 geordnete Bahnen zu lenken.

22 Nimmt man die angestrebte Parteireform ernst, ist das Anliegen des Antrages eine
23 Selbstverständlichkeit!

24

25

26 *Empfehlung der Antragskommission: Annahme mit folgender Änderung:*
27 *Zeile 8: in Zeile 8 wird eingefügt „Näheres regelt die Geschäftsordnung.“*

Satzungsänderung 4

AntragstellerInnen: SV Halle/Juso-Landesvorstand/KV Harz

Satzungsänderung: Wahlen zum SPD-Landesvorstand

1 In der Satzung des SPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt wird in §6 ‚Landesvorstand‘
2 ein neuer Absatz (3) mit folgendem Wortlaut eingefügt:

3
4 *Im Landesvorstand sollten nicht mehr als drei Fünftel der gewählten Mitglieder*
5 *Mandatsträger/innen oder Mitarbeiter_innen der SPD-Landtagsfraktion sowie*
6 *Mitglieder der Landes- bzw. Bundesregierung sein. Mandatsträger/innen auf*
7 *kommunaler Ebene sind hiervon ausgenommen.*

8
9 Die folgenden Absätze von §6 sind entsprechend neu zu nummerieren.

10

11 Begründung:

12 Die SPD Sachsen-Anhalt entwickelt sich mehr und mehr zu einer „Kader“-Partei. Der
13 Landesvorstand besteht unter anderem aus neun Landtags- und zwei
14 Bundestagsabgeordneten. Derzeit sind SPD-Landtagsfraktion und -Landesvorstand
15 derart eng verflochten, dass sich Parteiarbeit und Fraktionsarbeit kaum mehr trennen
16 lassen.

17 Natürlich lebt ein Landesverband und allem voran der Landesvorstand von der
18 politischen Expertise und den zeitlichen Ressourcen der im Politikbetrieb Tätigen. Er
19 lebt aber genauso sehr von der beruflichen und lebensweltlichen Expertise der
20 Ehrenamtlichen. Hier gilt es ein größeres Gleichgewicht zu schaffen um beiden
21 Perspektiven ausreichend Raum und Möglichkeiten der Mitbestimmung zu geben. Die
22 3/5-Regelung würde festlegen, dass beim derzeitigen Umfang des SPD-
23 Landesvorstandes bei einer Wahl nicht mehr als zehn Landesvorstandsmitglieder vom
24 politischen Geschäft auf Landes- und Bundesebene abhängig sein dürfen. Dies sollte
25 ein ausreichendes Gleichgewicht ermöglichen.

26 Ein möglicher Einwand gegen eine solche Regelung wäre, dass es die Ehrenamtlichen
27 auf Grund ihrer politikfernen beruflichen bzw. Ausbildungsverpflichtungen sehr
28 schwer hätten, an der Arbeit des Landesvorstandes in ausreichendem Maße
29 teilzunehmen, und dass sich so nur wenige rein Ehrenamtliche für die
30 Landesvorstandsarbeit begeistern lassen würden. Dabei sei daran erinnert, dass
31 ähnlich lautende Vorbehalte gegen die Frauenquote herrschen: So seien einfach nicht
32 ausreichend motivierte Frauen da. Dem ist entgegenzuhalten, dass durch die Quote die
33 Verpflichtung geschaffen wird, sich um mehr Frauen bzw. – in diesem Fall –
34 Ehrenamtliche in den Führungsgremien der Partei zu bemühen. Dabei ist dann auch die
35 Arbeit des Landesvorstandes an die Möglichkeiten der Ehrenamtlichen anzupassen.

36

37

38 *Empfehlung der Antragskommission: Ablehnung*

Satzungsänderung 5

AntragstellerInnen: SV Magdeburg

Schaffung von stellvertretenden Mitgliedern im Landesparteirat

1 Die Satzung der SPD Sachsen-Anhalt (§7 Absatz 3) wird um folgenden Satz ergänzt:
2 „Die Kreis- und Stadtverbände haben die Möglichkeit, bis zu zwei stellvertretende
3 Mitglieder zu wählen.“

4

5 **Begründung:**

6 Dem Landesparteirat, das dritthöchste Gremium innerhalb des SPD-Landesverbandes,
7 droht aufgrund mangelnder Präsenz der gewählten Mitglieder oft die
8 Nichtbeschlussfähigkeit. Um dieses Gremium aktiv und handlungsfähig zu halten, ist
9 die Wahl von Stellvertretenden, ähnlich dem Juso-Landesausschuss, notwendig die bei
10 Ausfall der regulären Mitglieder ersatzweise einspringen können.

11

12

13 ***Empfehlung der Antragskommission: Annahme***

Satzungsänderung 6

AntragstellerInnen: Juso-Landesvorstand

Innerparteiliche Demokratie stärken – Reform des Landesparteirates

1 Der SPD-Landesparteitag beschließt zur Stärkung der Arbeit des Landesparteirates die
2 nachfolgenden Grundsätze. Sollten zu ihrer Umsetzung Satzungsänderungen
3 notwendig sein, werden Landesvorstand und Landesparteirat aufgefordert, dem
4 nächsten Landesparteitag entsprechende Anträge vorzulegen.

5

6 1. Es ist eine Regelung zu finden, welche die Stellvertretung von gewählten
7 Landesparteiratsmitgliedern und ihren Ersatz im Falle eines vorzeitigen Ausscheidens
8 (Wegzug aus dem Landesverband, Rücktritt, Tod) ermöglicht.

9

10 2. Bei der künftigen Arbeit des Landesparteirates müssen eigenständige inhaltliche
11 Arbeit und entsprechende Beschlussfassungen stärker in den Mittelpunkt rücken.
12 Gefasste Beschlüsse sind dem Landesvorstand zur dortigen Beratung und
13 Beschlussfassung zuzuleiten. Sollte der Beschluss des Landesvorstands dem des
14 Landesparteirates entgegen stehen bzw. diesen aufheben, ist eine entsprechend
15 ausführliche Begründung beizufügen.

16

17 3. In Fragen von grundsätzlicher Bedeutung (Listenvorschläge, Organisationsfragen)
18 muss dem Landesparteirat ein Mitentscheidungsrecht eingeräumt werden, das seine
19 bisherigen - rein beratenden - Kompetenzen erweitert. Denkbar sind dabei
20 gemeinsame Sitzungen, auf denen die Gremien getrennte Abstimmungen vornehmen
21 und für den Fall voneinander abweichender Beschlussfassung einen Landesparteitag
22 einberufen. Die Einrichtung eines "kleinen Parteitages" – bestehend aus
23 Landesvorstand und Landesparteirat - als oberstes beschlussfassendes Gremium für
24 spezifisch zu definierende Fälle zwischen den Landesparteitagen ist ausdrücklich zu
25 diskutieren. Die Möglichkeit einer Überstimmung einer Landesvorstandsentscheidung
26 durch den Landesparteirat soll dabei nicht Gegenstand sein.

27

28 4. Die/der Vorsitzende des Landesparteirates ist ab sofort in den geschäftsführenden
29 SPD-Landesvorstand zu kooptieren.

30

31 5. Der Landesparteirat hat dem Landesparteitag über seine Tätigkeit Rechenschaft
32 abzulegen. Die Protokolle (soweit öffentlich) sind für jedes Parteimitglied des SPD-
33 Landesverbandes Sachsen-Anhalt auf Verlangen offen zu legen.

34

35 6. Bei den Wahlen in den Kreis- und Stadtverbänden werden künftig Listen über die
36 Sitzungsteilnahme der gewählten Parteiratsmitglieder ausgelegt. Eine analoge
37 Regelung wird für den Landesvorstand vorgeschlagen.

38

Begründung:

39 Dieser Antrag, das einleitend, intendiert keine Palastrevolte und wird nicht von
40 Putschgelüsten motiviert. Er formuliert Vorschläge, um die vielfach - auch aus dessen
41 Reihen - beklagte schwache Stellung des Landesparteirates durch Handeln und Reform
42 gleichermaßen aufzuwerten. Ein Gremium, das oftmals schon an der
43 Beschlussfähigkeit krankt, dessen Tagesordnung oft von Berichte-Marathons geprägt
44

1 ist und das nur mit einer Beratungsfunktion ausgestattet ist, kann keine wirksame
2 Beratung und Kontrolle des Landesvorstandes garantieren.
3 Die Antragsstellenden sehen dabei zunächst den Landesparteirat selbst in der Pflicht,
4 durch disziplinierte Sitzungsteilnahme und inhaltliche Profilierung zur Stärkung der
5 Wahrnehmung der eigenen Rolle beizutragen. Zudem scheint es aber auch geboten,
6 seinen Mitgliedern das aktive Mitwirken im Gremium auch durch eine Aufwertung
7 seiner Kompetenzen zu "versüßen".
8 Eine Aufwertung des Landesparteirates in gewissen Fragen kann ein Schritt hin zu
9 mehr Basisbeteiligung sein ohne den gewählten Landesvorstand abzuwerten. Bei der
10 konkreten Ausgestaltung der Vorschläge stehen die Antragsstellenden gerne als
11 konstruktive Diskutanten zur Verfügung.

12
13

14 *Empfehlung der Antragskommission: Annahme mit folgenden Änderungen:*

15 *Zeile 6-9: Zeile 6-9 erledigt bei Annahme Satzungsänderung 5*

16 *Zeile 17-30: Zeile 17-30 werden gestrichen*

17 *Zeile 35-38: Zeile 35-38 werden gestrichen*

Satzungsänderung 7

AntragstellerInnen: SPD-Landesvorstand

Briefwahl bei Mitgliederentscheid ermöglichen – Neufassung der §§ 3a und 3b Landessatzung

1 Der SPD-Landesparteitag beschließt folgende Neufassung der §§ 3a und 3b
2 Landessatzung:

3

4 § 3a Mitgliederentscheid

5 ...

6 (6) Durch den Mitgliederentscheid wird eine verbindliche Entscheidung gegenüber
7 dem Organ getroffen, an das der Mitgliederentscheid gerichtet ist. Der Entscheid ist
8 wirksam, wenn die Mehrheit der Abstimmenden zugestimmt und mindestens ein
9 Fünftel der Stimmberechtigten sich an der Abstimmung beteiligt haben. Innerhalb von
10 zwei Jahren nach dem Mitgliederentscheid kann der Landesparteitag mit 2/3-Mehrheit
11 eine andere Entscheidung treffen, danach genügt die einfache Mehrheit.

12 (7) Der Landesvorstand beschließt eine Verfahrensrichtlinie zur Durchführung des
13 Begehrens und des Entscheids. Verantwortlich für die Durchführung des
14 Mitgliederbegehrens sind die Initiatoren. Der Landesvorstand unterstützt die
15 Durchführung gemäß der vom Landesvorstand beschlossenen Verfahrensrichtlinie und
16 unter Einhaltung der Datenschutzrichtlinie der SPD.

17 (8) Gegen den Beschluss des Vorstands über das rechtswirksame Zustandekommen des
18 Mitgliederbegehrens können die Initiatoren des Begehrens unmittelbar die zuständige
19 Schiedskommission anrufen. Die Vorschriften über Statutenstreitverfahren gelten
20 sinngemäß.

21 (9) Ein Mitgliederentscheid kann auf allen Ebenen der Partei durchgeführt werden. Zur
22 Durchführung einer Urwahl zur Bestimmung einer Spitzenkandidatur in den
23 Gliederungen bedarf es einer Ermächtigungsgrundlage in der Satzung dieser
24 Gliederung. Die Verfahrensrichtlinien der jeweiligen Gliederungen dürfen zu den
25 Satzungen und Richtlinien höherrangiger Gliederungen nicht im Widerspruch stehen.

26

27 § 3b Verfahren des Mitgliederbescheids

28 (1) Der Landesvorstand setzt den Tag oder den Zeitraum der Abstimmung fest. Die
29 Abstimmung nach § 3a (4) a) und c) muss innerhalb von drei Monaten durchgeführt
30 werden.

31 ...

32 (3) Die Abstimmung wird innerhalb der Ortsvereine in unmittelbarer und geheimer
33 Form vorgenommen. Die Stimmabgabe ist auch durch Briefwahl möglich. Die
34 Briefwahlunterlagen sind einem Mitglied, auf schriftliche oder telefonische Anfrage
35 hin, zuzusenden. Abweichend kann der Landesvorstand eine generelle Abstimmung
36 per Brief beschließen. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Es finden einheitliche
37 Stimmzettel Verwendung, die den Abstimmungsgegenstand so darstellen, dass eine
38 Beantwortung mit „Ja“ oder „Nein“ möglich ist.

39 ...

1 (6) Die Kreisverbände teilen das zusammengefasste Abstimmungsergebnis dem
2 Landesvorstand mit. Stimmzettel und Abstimmungsprotokolle sind bei den
3 Kreisverbänden für die Dauer eines Jahres aufzubewahren. Im Fall der Abstimmung
4 durch Brief sind die Stimmzettel für die Dauer eines Jahres im Landesverband
5 aufzubewahren.

6

7 Begründung

8 Die Satzungsänderung ermöglicht es Mitgliederentscheide auch als Briefwahl
9 durchzuführen. Die redaktionelle Anpassung an die auf dem Bundesparteitag zu
10 beschließende Neufassung der §§ 13 und 14 Bundestatut erhält die
11 Sitzungshomogenität.

12

13

14 *Empfehlung der Antragskommission: Annahme*

01

AntragstellerInnen: KV Harz

Bestimmung Spitzenkandidaten durch Parteibasis

1 Die SPD befürwortet eine Bestimmung von Spitzenkandidaten für Regierungsämter
2 auf Landes- und Bundesebene unter Einbeziehung der Parteibasis (Direktwahl). In
3 diesem Zusammenhang wird ein Wahlrecht für Nichtmitglieder abgelehnt.
4

5 **Begründung:**

6 Insgesamt wurden in der SPD gute Erfahrungen mit der Einbindung von parteilosen
7 Sympathisanten gemacht, z. B. als Mandatsträger, Sachkundige Einwohner im Stadtrat
8 oder bei der „Versorgung“ mit Informationen aus der Partei. Trotzdem kann es u. E.
9 deren Gleichstellung mit Partei-Mitgliedern, z. B. bei Beschlüssen und Wahlen in
10 Parteigremien oder für die Kandidatenauswahl nicht geben. Das würde bedeuten, dass
11 die parteilosen Sympathisanten zwar gleiche Rechte wie Parteimitglieder hätten, aber
12 die Pflichten, wie Beitragszahlungen und Erledigung der notwendigen
13 Organisationsarbeiten nicht tragen müssten. Damit wird der weit verbreiteten
14 Unverbindlichkeit bei Engagements Vorschub geleistet, und es wird ein Anreiz gesetzt,
15 die Parteimitgliedschaft aufzugeben. Stattdessen benötigt die Partei dringend mehr
16 Mitglieder, damit sie ihre Aufgabe der politischen Meinungsbildung auch
17 organisatorisch leisten kann.
18

18

19

20 *Empfehlung der Antragskommission: Ablehnung*

O 2

AntragstellerInnen: KV Harz

Mindestlohn fängt auch bei uns selbst an! Gerechte Bezahlung innerhalb der SPD

1 Wir fordern alle SPD-Abgeordneten auf, keine unbezahlten mehrmonatigen Praktika
2 für Studenten durchzuführen. Die Mindestvergütung für ein Vollzeitpraktikum sollte –
3 analog zur Selbstverpflichtung der Bundestagsfraktion von 2007 – zwischen 250 und
4 400 Euro monatlich liegen. Für studentische Hilfskräfte sollte der Stundenlohn bei
5 mindestens 8,50 Euro liegen. Wenn die Studenten bereits einen Hochschulabschluss
6 (z.B. Bachelor) oder das Grundstudium absolviert haben, sollte der Stundenlohn
7 mindestens bei 10 Euro liegen. Außerdem sollten Überstunden vermieden werden oder
8 mit Bezahlung oder Urlaub abgegolten werden können.

9

Begründung:

11 Die SPD setzt sich unter anderem in Sachsen-Anhalt seit Jahren für eine gerechte und
12 angemessene Bezahlung ein. Das sollten wir auch bei unseren eigenen
13 Beschäftigungsverhältnissen durchsetzen und so als gutes Beispiel vorangehen.

14

15 Leider kommt es immer wieder vor, dass unbezahlte oder schlecht bezahlte
16 mehrmonatige Praktika in Abgeordnetenbüros oder bei der Fraktion absolviert werden
17 oder Mitarbeiter – sowohl studentische als auch solche mit Abschluss – nicht
18 angemessen bezahlt werden. Hier müssen wir alle uns gegenseitig auf die Finger
19 schauen und Missstände aufdecken.

20

21

22 *Empfehlung der Antragskommission: Annahme*

O 3

AntragstellerInnen: Juso-Landesvorstand

Einführung einer Quotierung für ostdeutsche Landesverbände

1 Für die Wahl zum SPD-Bundesvorstand ist zukünftig eine 15 prozentige Quote für
2 Kandidat_innen aus ostdeutschen Landesverbänden einzuführen.

3

4 **Begründung:**

5 Die ostdeutschen Landesverbände sind aufgrund ihrer geringen Mitgliederzahlen bei
6 Bundesparteitagen strukturell im Nachteil. Um die Interessen der Bürger der neuen
7 Bundesländer innerhalb der SPD besser vertreten zu können, ist eine solche Quotierung
8 notwendig.

9

10

11 *Empfehlung der Antragskommission: Ablehnung*

O 4

AntragstellerInnen: SV Halle

Resolution: Für ein klareres Profil der SPD im Bund

1 Das Desaster der schwarz-gelben Bundesregierung dauert auch am Beginn der zweiten
2 Hälfte der Legislaturperiode an. Mangel an Visionen, Kopfflosigkeit, fehlende
3 Handlungsfähigkeit in entscheidenden Fragen und Auslieferung des
4 Regierungshandelns an Lobbyinteressen prägen das Handeln dieser Regierung.
5 Die SPD hat dies in den letzten beiden Jahren zu Recht kritisiert. Kritik allein reicht aber
6 nicht aus. Die SPD muss den Menschen in Deutschland klar sagen, wie sie unser Land
7 weiter entwickeln und zentrale Probleme der Gesellschaft lösen will.
8 Die SPD muss sich stärker als bisher in den wichtigen Zukunftsfragen profilieren und
9 ihre Positionen dazu klar herausarbeiten. Wir sehen hier vor allem fünf Punkte, für die
10 Konzepte erarbeitet bzw. diese Konzepte überzeugend dargestellt werden müssen

11

1. Schuldenabbau der öffentlichen Haushalte

12 Die Schulden der öffentlichen Hände in Deutschland haben längst Höhen erreicht, die
13 die öffentlichen Haushalte lähmen. Der bereits bestehende Schuldenberg von fast 2
14 Billionen Euro, dessen vollständige Abzahlung nach vorläufigen Prognosen die
15 Kleinkinder von heute erst als Hochbetagte erleben werden, stellt eine ungeheure
16 Einschränkung von Wohlstand, Sicherheit und Daseinsvorsorge der kommenden
17 Generationen und einen der größten Tatbestände von Ungerechtigkeit in Deutschland
18 dar.

19 Öffentliche Schulden werden, egal ob über Inflation, erhöhte Steuern und verringerte
20 öffentliche Leistungen, vor allem von denen bezahlt, die kleine und mittlere
21 Einkommen haben. Die Erträge bei Finanzgeschäften aber fließen letztlich
22 Anteilseignern von Banken und Versicherungen, Großanlegern von Fonds und Inhabern
23 großer Wertpapierdepots zu, ohne dass diese zum Schuldenabbau beizutragen.
24 Wie im Fall Griechenland zu sehen, machen öffentliche Schulden die Staaten
25 erpressbar.

26 Die SPD steht im Bund und den Ländern seit Jahren für Schuldenabbau. Wir wollen,
27 dass die Partei mehr als bisher deutlich macht, dass der Abbau der öffentlichen
28 Schulden ein sozialdemokratisches und somit gerechtigkeitsförderndes Projekt ist. Es
29 soll als ein Leitziel der SPD für die kommende Legislaturperiode des Bundestages
30 definiert werden, den Bundeshaushalt dauerhaft auszugleichen und die Bundesschuld
31 um einen signifikanten Betrag, in der Größenordnung 50 Mrd. Euro zurückzuführen.
32 Eine deutlich stärkere Heranziehung großer Vermögen sowie von
33 Vermögenseinkommen – unter anderem durch Einführung der Vermögenssteuer,
34 Anhebung des Spitzensteuersatzes, Reform der Erbschaftssteuer sowie die
35 Besteuerung von Finanztransaktionen – ist zur Sicherstellung der Finanzierung unseres
36 Gemeinwesens, des Schuldenabbaus und für den sozialen Zusammenhalt dringend
37 geboten. Langfristig ist über die Idee eines Lastenausgleichs nachzudenken.

38

2. Bürgerversicherung

39 Das Präsidium des SPD-Parteivorstandes hat am 11. April 2011 ein Konzept für eine
40 Bürgerversicherung im Bereich der Finanzierung von Gesundheitsleistungen
41 beschlossen. Seine Umsetzung würde Millionen lohnabhängig Beschäftigte in
42 Deutschland entlasten und die Finanzierung der Krankenkassen stabilisieren. Das
43
44

1 reicht aber nicht aus. Wir brauchen ein ähnliches Modell für die gesetzliche
2 Rentenversicherung. Im Jahr 2011 wandte der Bund mit 80 Mrd. € ein Viertel seiner
3 Gesamtausgaben für den Zuschuss an die gesetzliche Rentenversicherung auf, die
4 damit wiederum ein Drittel ihrer Gesamtausgaben finanziert. Wenn Steigerungen der
5 Rentenbeiträge oder Leistungskürzungen der gesetzlichen Rentenversicherung in den
6 kommenden Jahrzehnten vermieden werden sollen, muss die Rentenversicherung auf
7 eine neue finanzielle Basis gestellt werden, die auch verpflichtend Selbständige,
8 Freiberufler, Beamte und Abgeordnete einbezieht. Fortschritt in Richtung
9 Erwerbstätigenversicherung erfordert eine öffentliche Debatte, eine Analyse der
10 Rechtsverhältnisse und die Ableitung politischer Aktivitäten.

11 Dabei sind auch Maßnahmen abzuleiten, mit denen man der gerade in den neuen
12 Bundesländern drohenden großen Altersarmut, wegen der demografischen
13 Entwicklung, der langjährig höheren Arbeitslosigkeit aufgrund des Strukturwandels
14 und dem über 20% niedrigeren Lohnniveau, entgegenzutreten muss.

15 Die Bürgerversicherung muss Teil einer umfassenden Strategie zur Sicherung der
16 Daseinsvorsorge sein, zu der auch eine auskömmliche Finanzierung der kommunalen
17 Leistungen in diesem Bereich zählt.

18

19 3. Mindestlohn

20 Ein gesetzlicher Mindestlohn, der sichert, dass das Einkommen aus einem
21 Vollerwerbsverhältnis zur Sicherung des Lebensunterhalts ausreicht ist nicht nur ein
22 Gebot sozialer Gerechtigkeit, sondern auch eines wirtschaftlicher Vernunft.

23 Er gewährleistet die Grundsicherung der fundamentalen Lebensbedürfnisse der
24 Arbeitnehmer und die Wahrung ihrer persönlichen Würde.

25 Ergänzende Sozialleistungen aus öffentlichen Mitteln an Familien, die trotz
26 Vollzeitbeschäftigung der erwachsenen Familienmitglieder nicht über auskömmliche
27 Einkommen verfügen, stellen einen Subventionstatbestand in der Größenordnung von
28 bis zu zehn Mrd. € dar. Das Thema Mindestlohn muss unter den zentralen Zielen der
29 SPD für die kommende Legislaturperiode einen wichtigen Platz haben.

30 Unter Berücksichtigung der gestiegenen Lebenshaltungskosten sollte der gesetzliche
31 Mindestlohn nicht weniger als 8.50 Euro/Stunde betragen. Die Einführung von
32 Mindestlöhnen soll nach den Vorschlägen einer Mindestlohnkommission nach
33 britischem Vorbild erfolgen. In diese sind paritätisch die Tarifparteien und die
34 Wissenschaft Vertretende einzubinden. Eine solche Kommission müsste Befugnisse
35 haben, die über die Möglichkeiten des seit 2009 bestehenden ständigen
36 Hauptausschusses nach dem Gesetz über die Festlegung von
37 Mindestarbeitsbedingungen (Mindestarbeitsbedingungengesetz – MiArbG)
38 hinausgehen. Ihr Ziel ist die Einführung eines allgemeinen Mindestlohnes und nicht
39 bloß die Verregelung von Mindestarbeitsbedingungen in Branchen ohne
40 Tarifabschlüsse.

41 Das skizzierte Verfahren gewährleistet eine transparent vermittelbare Höhe
42 einzuführender Mindestlöhne, wahrt die Tarifautonomie und trägt nachweislich zur
43 höheren Akzeptanz in allen politischen Lagern bei.

44

45 4. Arbeit von Morgen

46 Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Verhinderung von Fachkräftemangel,
47 Innovationsschub für die Wirtschaft mittels Ausbaus von Verkehrs-, Energie- und
48 Kommunikationsnetzen:

49 Frank-Walter Steinmeier hat 2009 dazu Überlegungen vorgestellt, die aktueller denn je
50 sind. Die von Steinmeier beschriebenen Handlungsoptionen müssen in einem griffigen
51 Programm zusammengefasst werden. Dem überdurchschnittlichen Aufwuchs der
52 Arbeitnehmerüberlassung, der für die Betroffenen häufig mit Lohneinbußen
53 verbunden ist sowie der Ausweitung der Mini-Jobs werden wir entgegenzutreten. Es

1 müssen Regelungen geschaffen werden, die die Leiharbeit zeitlich stärker begrenzen
2 und zurückdrängen.

3
4 Wir setzen uns in allen Branchen dafür ein, dass gilt: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

5
6 Die Menschen in Deutschland sollen lange vor dem Termin der nächsten
7 Bundestagswahl wissen: Die Sozialdemokraten verfügen über eine klare Vorstellung,
8 was zu tun ist, damit ein auf langfristige Ziele ausgerichtete Pfad erfolgreicher
9 wirtschaftlicher Entwicklung beschritten werden kann, der neue Märkte und
10 Technologien nicht aus kurzfristigem Renditedenken anderen überlässt, damit auch die
11 Träger des wirtschaftlichen Aufschwungs, die Arbeitnehmer, an der Entwicklung
12 teilhaben können.

13
14 **5. Europa und seine gemeinsame Stärke**

15 Trotz vielfältiger Rettungspakete und immer neuer Lösungsversprechen der
16 europäischen Staats- und Regierungschefs erleben wir, dass das Vertrauen der Märkte
17 in die Handlungsfähigkeit der EU und damit in den Euro immer weiter sinkt. Neben
18 dieser wirtschaftlichen Seite lässt sich aber auch eine starke Verunsicherung der
19 Bevölkerung gegenüber der europäischen Einigung erkennen. Um weiteren Schaden
20 von der Idee der europäischen Einigung abzuwenden, gilt es endlich Taten zu ergreifen:
21 eine gemeinsame europäische Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ist nicht nur
22 anzustreben, sondern auch durchzusetzen. Denn nur ein einiges Europa stärkt auch
23 Deutschland.

24
25

26 *Empfehlung der Antragskommission: Überweisung als Material an den Parteivorstand*
27 *bei Annahme Leitantrag 2*

O 5

AntragstellerInnen: Juso-Landesvorstand

Kampagnenfähigkeit des SPD-Landesverbandes stärken

1 Die SPD Sachsen-Anhalt unterstreicht, dass der politische Erfolg der SPD bei Wahlen
2 grundsätzlich davon abhängig ist, wie es gelingt Bürgerinnen und Bürgern von den
3 Zielen, Positionen und Personen unserer Partei zu überzeugen. Die SPD Sachsen-Anhalt
4 betont, dass dies insbesondere durch einen engen, regelmäßigen und persönlichen
5 Kontakt vor Ort zu leisten wäre. Als Problem wird jedoch erkannt, dass der SPD-
6 Landesverband außerhalb von Wahlkampfzeiten nur eingeschränkt kampagnenfähig
7 ist und vor allem in der ländlichen Fläche die Kontaktpflege zum Bürger nur
8 unzureichend betrieben werden kann. Die SPD Sachsen-Anhalt leitet daraus die
9 Notwendigkeit ab, ihre Öffentlichkeitsarbeit und die direkte niedrigschwellige
10 Kontaktpflege zum Bürger auch außerhalb der Wahlkampfzeiten zu intensivieren.

11
12 Um dieses Ziel zu erreichen, wird/werden

13
14 a.) der Landesparteirat zusammen mit dem Landesvorstand und der AG Mitglieder
15 (bzw. AG Mitglieder und Öffentlichkeitsarbeit) beauftragt, ein tragfähiges und
16 praxistaugliches Konzept einer nachhaltigen Steigerung der niedrigschwelligen
17 Kontaktpflege zum Bürger zu erarbeiten und bis Juni 2012 in die Anwendung zu
18 überführen. Bis zum nächsten Parteitag hat eine Zwischenevaluation zu erfolgen.

19
20 b.) die „AG Mitglieder“ zu einer „AG Mitglieder und Öffentlichkeitsarbeit“ aufgewertet.
21 Ehrenamtliche sollen hier die Möglichkeit erhalten Formate für Veranstaltungsreihen
22 und Kampagnen mitzugestalten und auch selber durchzuführen. Sie wird logistisch
23 und organisatorisch besonders von der Landesgeschäftsstelle und den
24 Regionalgeschäftsstellen unterstützt.

25
26 c.) die SPD-Kreis- und Stadtverbände aufgerufen, lokale Konzepte für regelmäßige
27 öffentlichkeitswirksame Aktionen, bspw. in Form eines monatlichen
28 Informationsstandes oder andere geeigneter Formate, zu entwickeln und zeitnah
29 anzuwenden. Ziel soll es sein, Bürger_innen flächendeckend zu erreichen. In diesem
30 Zusammenhang wird die „AG Mitglieder und Öffentlichkeitsarbeit“ zusammen mit
31 dem zuständigen Landesvorstandsmitglied beauftragt, die Erarbeitung dieser lokalen
32 Konzepte zu unterstützen und wenn möglich vor Ort zu begleiten.

33
34 d.) alle öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen für ihre Größenverhältnisse
35 angemessen evaluiert, mit dem Ziel Veranstaltungskonzepte qualitativ ständig zu
36 verbessern.

37
38

Begründung

39 Jeder Wahlkampfhelfer_in hat schon einmal den Slogan gehört: „Ihr kommt ja nur,
40 wenn Wahlen sind“. Ein Grund für die Politikverdrossenheit ist auch, dass die
41 Mitbürger_innen die Politik als weit weg wahrnehmen. Sie haben nicht das Gefühl,
42 dass sich ihre Abgeordneten um die Probleme vor Ort scheren. Frei nach dem Motto
43 „Die da oben machen doch eh nur, was sie wollen“, gehen viele Mitbürger_innen nicht
44 mehr wählen oder wählen sogar demokratiefeindliche Parteien, die vor Ort ständige
45

1 Präsenz zeigen. Auf die Idee sich selber politisch zu engagieren, kommen die meisten
2 daher erst gar nicht. Es ist wichtig in Kontakt mit den Bürger_innen zu kommen um die
3 Hemmschwelle diesbezüglich zu senken. Aus diesen Gründen müssen wir die Kluft
4 zwischen Bürger_innen und Politiker_innen verringern und deshalb beginnen
5 „Hinzugehen, wo es brodeln, riecht und stinkt“ (Sigmar Gabriel). um die Bedürfnisse
6 verschiedener Regionen besser einschätzen und unsere Arbeit besser anpassen zu
7 können müssen wir uns die Bürger_innen anhören. Die Hemmschwelle in eine
8 Bürgersprechstunde zu gehen, ist groß. Viele kommen nicht einmal auf die Idee oder
9 wissen nicht, dass es so etwas gibt. Daher dürfen wir nicht warten bis die Bevölkerung
10 zu uns kommt, sondern wir müssen zu ihnen!

11
12 Im Wahlkampf wurden die Wahlkämpfer_innen auf zahlreiche Probleme aufmerksam
13 gemacht. Insbesondere die Roten Busse Teams entwickelten aus der intensiven
14 Bürgerarbeit heraus zahlreiche Ideen und Verbesserungsvorschläge für
15 öffentlichkeitswirksame Aktionen. Es gilt nun diese Ideen zeitnah anzupapfen und in
16 Konzepte zu überführen, um sie effektiv für die SPD nutzen zu können. Hierzu benötigt
17 die SPD geeignete Strukturen, die einen verstärkten Informationsaustausch über
18 erfolgreiche Formate der Öffentlichkeitsarbeit zwischen den Parteigliederungen, aber
19 auch Mandatsträgern ermöglichen. Dies soll durch die Schaffung eines
20 Erfahrungspools von Ehrenamtlichen in der neuen AG Mitglieder und
21 Öffentlichkeitsarbeit erreicht werden, in denen auch die Basis die Möglichkeit
22 bekommt ihre Ideen mit einzubringen.

23
24

25 *Empfehlung der Antragskommission: Annahme in geänderter Fassung:*
26 *Kampagnenfähigkeit des SPD-Landesverbandes stärken*

27
28 *Die SPD-Sachsen-Anhalt ist besonders in Wahlkämpfen präsent und wahrnehmbar.*
29 *Außerhalb von Wahlkampfzeit konzentriert sich die politische Wahrnehmung zu*
30 *großen Teilen auf Regierungshandeln und das Engagement der SPD-Landtagsfraktion.*
31 *Besonders die Öffentlichkeitsarbeit vor Ort und die Pflege von Kontakten zu den*
32 *Bürgerinnen und Bürger kamen in der Vergangenheit oft zu kurz. Das soll sich ändern.*
33 *Wir wollen die Kampagnenfähigkeit der SPD-Sachsen-Anhalt deutlich stärken.*

34

35 *Hierzu sollen folgende Maßnahmen umgesetzt werden:*

36

37 *Landesvorstand, Landesparteirat und die AG Mitglieder stimmen im Jahr 2012 eine*
38 *Strategie zur Steigerung der Kampagnenfähigkeit (außerhalb von Wahlkämpfen)*
39 *insbesondere zur Verbesserung der Kontaktpflege zum Bürger und der*
40 *Öffentlichkeitsarbeit ab und setzen diese in Abstimmung mit den Stadt- und*
41 *Kreisverbänden schnellstmöglich um.*

42

43 *Die AG Mitglieder wird gebeten, zukünftig auch Kampagnen und Veranstaltungen des*
44 *SPD-Landesverbandes mit zu entwickeln und zu begleiten. Hierbei wird besonderer*
45 *Wert auf die strategische Konzeption und die zielgruppengerechte Ausrichtung gelegt.*

46

47 *Um die Kompetenzen vor Ort zu stärken, werden wir zukünftig der Bildung der*
48 *Mitglieder in den Ortsvereinen einen hohen Stellenwert einräumen. Ziel ist es, durch*
49 *angemessene Seminare und Workshops besonders in den Bereichen der politisch-*
50 *strategischen Arbeit und der Öffentlichkeitsarbeit Wissen zu vermitteln um die*
51 *Kampagnenfähigkeit in den Strukturen unserer Partei zu erhöhen.*

52

53 *Positive Projektbeispiele vor Ort sollen im Sinne einer Projektsammlung*
54 *zusammengefasst und allen Gliederungen zur Verfügung gestellt werden.*

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11

Um den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern in den Kommunen deutlich zu verbessern, wollen wir uns stärker als bisher den örtlichen Vereinen, Verbänden und Organisationen öffnen.

Die Stadt- und Kreisverbände werden aufgefordert konkrete Projekte/ Konzepte, wie z.B. regelmäßige Informationsstände, SPD-Bürgersprechstunden oder Mehrgenerationencafés zum direkten Bürgerkontakt zu vereinbaren. Die jeweiligen Landesvorstandsmitglieder begleiten und unterstützen die „Bürgerprojekte“ vor Ort.

Alle Maßnahmen werden regelmäßig überprüft und ggf. überarbeitet.

O 6

AntragstellerInnen: KV Salzland

Strukturfindungskommission einberufen!

1 Der SPD-Landesvorstand wird aufgefordert, eine Strukturfindungskommission
2 einzuberufen. Ziel soll sein, die SPD breiter nach außen zu vertreten, die verschiedenen
3 inhaltlichen Strömungen zu verstärken und den Willen der Partei zu repräsentieren.
4 Dadurch wird eine Möglichkeit geschaffen, die Politik der SPD, auch getrennt vom
5 etwaigen Regierungshandeln, für die Öffentlichkeit transparent zu repräsentieren.

6

7 **Begründung:**

8 Erfolgt mündlich.

9

10

11 *Empfehlung der Antragskommission: Erledigt bei Annahme O 5*

07

AntragstellerInnen: SV Halle

Mehr sozialpolitisches Engagement des SPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt auf der Bundesebene

1 Der SPD-Landesvorstand wird aufgefordert, sich stärker in die wichtigen
2 bundespolitischen Themenstellungen unserer Partei einzubringen.

3 Auf der Basis des Grundsatzprogrammes unserer Partei sind insbesondere Aktivitäten
4 zu ergreifen, welche die in einem vorsorgenden Sozialstaat erforderliche Sicherheit,
5 soziale Teilhabe und gleiche Lebenschancen auch für die Bürgerinnen und Bürger
6 unseres Bundeslandes gewährleisten.

7 Das betrifft insbesondere Initiativen für mehr soziale Gerechtigkeit bei der Verteilung
8 von Einkommen und Vermögen, eine solidarische Steuer- und Finanzpolitik und
9 notwendige Aktivitäten bei der nachhaltigen Finanzierung des Sozialstaates.

10

Begründung:

11 Teilhabe aller Menschen an der wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und politischen
12 Entwicklung ist das Ziel sozialdemokratischer Politik (Hamburger Programm 2007, S.
13 58).

14 Von diesem Ziel sind wir gerade in unserem Bundesland aber noch weit entfernt. Die
15 Schere zwischen Arm und Reich ist in den letzten Jahren immer weiter auseinander
16 gegangen.

17 Bisher ist, außer bei der Forderung nach Mindestlöhnen, aber nicht zu erkennen, dass
18 der SPD-Landesverband sich aktiv dieser Entwicklung entgegenstellt.

19 Zu Bundesparteitagen gab es dazu praktisch, bis auf lobenswerte Einzelaktivitäten
20 eines Delegierten, keine Aktivitäten des Landesverbandes, weder durch eigene Anträge
21 noch durch Diskussionsbeiträge.

22 Das muss sich ändern. Wer, wenn nicht die SPD, soll sich in unserem Land für soziale
23 Fragen einsetzen.

24

25

26

27

Empfehlung der Antragskommission: erledigt bei Annahme Leitantrag 2

08

AntragstellerInnen: SPD-Landesvorstand

Einrichtung einer Zukunftswerkstatt „Direkte Demokratie“

1 Der neu gewählte Landesvorstand wird beauftragt eine Zukunftswerkstatt „Direkte
2 Demokratie“ einzurichten.

3

4 **Begründung:**

5 „Mehr Demokratie leben“, so lautet der Titel eines Papiers, das im März vom
6 Parteivorstand beschlossen wurde und auf dem Bundesparteitag im Dezember zur
7 Abstimmung gestellt wird.

8 Es ist erfreulich, dass sich die SPD mit dem Verhältnis der bewährten
9 parlamentarischen Demokratie und den viel geforderten Elementen der direkten
10 Demokratie befasst.

11 Herausgekommen ist ein wirklich guter Beschluss. Neben einer klaren Formulierung für
12 Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksgesetzgebung auf Bundesebene enthält er
13 einige sehr spannende grundsätzliche Ausführungen zur direkten Demokratie.

14 In einer Zeit, in der die oberflächliche Debatte in Talk-Shows zunehmend den
15 intensiven Diskurs in Parteien, Ausschüssen und Parlamenten ersetzt, in einer Zeit, in
16 der die „Wutbürger“ und Bürgerinitiativen die im Grundgesetz verankerte Rolle der
17 Parteien zunehmend in Frage stellen, in dieser Zeit ist es folgerichtig, dass wir uns
18 intensiv mit demokratischen Instrumenten und den Abläufen im Parlamentarismus
19 befassen.

20 Ein ganz zentraler Punkt ist die Aussage, dass die direkte Demokratie nicht
21 demokratischer ist als die parlamentarische Demokratie! Beide sind gleichwertig und
22 schließen sich nicht gegenseitig aus. Unser Auftrag ist es die ergänzenden Elemente
23 der direkten Demokratie mit der Arbeit der Parlamente zu verzahnen.

24 Doch bei aller Qualität die im Papier der Bundespartei steckt, so finden wir auch für uns
25 als Landespartei einen Auftrag darin. Auch wir werden in den kommenden Monaten
26 diskutieren müssen, wie wir die Instrumente der direkten Demokratie auf kommunaler
27 Ebene und im Land fortentwickeln wollen. Hierzu soll eine Zukunftswerkstatt
28 eingerichtet werden.

29

30

31 ***Empfehlung der Antragskommission: Annahme***

E 1

AntragstellerInnen: Juso-Landesvorstand

Winderosionsgefährdung überprüfen

1 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert zu überprüfen oder überprüfen zu lassen,
2 inwieweit die Böden in Sachsen-Anhalt, insbesondere die Felder,
3 winderosionsgefährdet sind. Weiterhin umfasst der Prüfauftrag, inwieweit
4 ausgeräumte Agrarlandschaften das Gefährdungspotential in Sachsen-Anhalt für
5 Winderosion noch steigern und dieser Umstand abzuändern ist.

6

Begründung:

7
8 Am 09.04.2011 kam es auf der A19 Berlin-Rostock, südlich von Rostock, zu einem
9 folgenschweren Massencrash, bei dem es zahlreiche Tote und Verletzte gab. Als
10 Ursache für diesen Massencrash stellte sich die plötzliche Sichtverringerng auf unter
11 10 m durch einen Sandsturm heraus. Dieser behinderte auch die anschließenden
12 Rettungsarbeiten und verzögerte diese dadurch, Unfallort und der hohe Grad an
13 Zerstörungen erinnerten eher an Kriegsgeschehnisse, denn an einen Unfall auf einer
14 Autobahn.

15 Die Erforschung der Hintergründe für den Crash und die Sichtbehinderungen halten
16 noch an, nicht von der Hand zu weisen jedoch ist die hohe Gefährdung von
17 landwirtschaftlich genutzten Böden durch Winderosion, die eine direkte Auswirkung
18 der Ausräumung von Agrarflächen darstellt. Damit gemeint ist die zunehmende
19 Homogenisierung des Bodenniveaus durch Entfernung von Knicks und die Abholzung
20 von Hecken und Feldgehölzen, die als direkter Windfang dienten.

21 Nach Informationen des BUND-MV ist die „Vergrößerung einheitlich bewirtschafteter
22 Flächen ohne wasser- und windbremsende Saumstrukturen (Hecken, andere Gehölze)
23 und Hindernisse“ eine ostdeutsche Spezialität und daher auch in Sachsen-Anhalt zu
24 verorten. Bereits seit der Kollektivierung auf ostdeutschem Boden nimmt die
25 Bewirtschaftung mit erosionsfördernden Reihenkulturen und Verminderung der
26 Tragfähigkeit der Böden durch besonders intensive Bearbeitung mit schwerem Gerät
27 zu. Hierzu wurden zudem verschiedene kleinere Ackerflächen zu Gunsten größerer,
28 damit auch leichter zu bewirtschaftender Einheiten vernichtet.

29 Gerade an Straßen verschwinden immer mehr Gräben, Feldgehölze und sonstige
30 Bepflanzungen die eine natürliche Grenze zwischen Ackerland und Straßenverkehr
31 darstellen. Daher ist es nicht auszuschließen, dass die Szenen von Rostock nicht auch
32 irgendwann Szenen von Magdeburg, Querfurt oder Stendal sein können.

33 Daher ist es wichtig, in einem ersten Schritt den Zustand der Ackerflächen in Sachsen-
34 Anhalt herauszustellen und zugleich das Gefährdungspotential durch Bodenerosionen
35 in den einzelnen Regionen unseres Landes zu erfassen. In einem zweiten Schritt
36 müssen dann Maßnahmen beschlossen werden, die den Gefährdungen
37 entgegenwirken, unter Einbeziehung aller Betroffener, den Verkehrsteilnehmern, den
38 Kommunen, aber auch und vor allem gerade der Agrarunternehmer des Landes.

39

40

41 *Empfehlung der Antragskommission: Annahme*

E 2

AntragstellerInnen: Juso-Landesvorstand

Grundwassersituation in Sachsen-Anhalt nicht aus den Augen verlieren

1 Die SPD-Landtagsfraktion solle sich dafür einsetzen, dass die gebildeten regionalen
2 Arbeitsgruppen zur Erforschung der Ursachen für Grundwasseranstieg und Vernässung
3 von bebauten und unbebauten Flächen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln
4 unterstützt werden. Weiterhin stellt sich eine konzentrierte und fortlaufende Kontrolle
5 der Untersuchungen durch die Fraktion als unabdingbar dar. Dem Land kommt in
6 dieser Angelegenheit unbedingt eine Vorreiterrolle zu, lediglich eine unterstützende
7 Rolle einzunehmen hieße die Kommunen und die Unterhaltungsverbände allein zu
8 lassen.

9

Begründung:

10 Nach den verheerenden und flächendeckenden Überschwemmungen,
11 Grundwasserproblemen und Vernässungen über den Jahreswechsel 2010/2011 hinaus,
12 wurde das Thema schnell als Wahlkampfthema populär und die beiden prägenden
13 Regionalzeitungen überschlugen sich mit Berichterstattungen über geplante, oder
14 vielleicht auch nur gewollte Konzepte zum Schutze der Bevölkerung, auch Eurobeträge
15 in Millionenhöhe machten die Runde. Im Februar wurde dann auch ein Programm der
16 Landesregierung vorgestellt und regionale Arbeitsgruppen, die sich dieses Themas
17 annehmen sollten wurden gegründet. Dies war ein richtiger und wichtiger Schritt, da
18 die Ursachen vielschichtig und auch in den Regionen nicht als homogen anzusehen
19 sind. Als Beispiel zu nennen sind Zerstörungen von Feldentwässerungssystemen durch
20 Landwirte selbst, der Anstieg von Grundwasser in ehemaligen Tagebaugebieten nach
21 der Flutung von Tagebaurestlöchern auf das ehemals normale Niveau und die damit
22 einhergehenden Fehler in der Bebauung von ehemaligen natürlichen
23 Überflutungsflächen im ländlichen Bereich. An größeren Flussläufen wirken sich vor
24 allem Begradigungen und die Entfernung natürlicher Fließgeschwindigkeitsminderer
25 vor allem in Zeiten der Schneeschmelze stark aus. Die Zahl der betroffenen Bürger
26 steigt stetig und mit deren Zunahme geht eine Zunahme der Ursachen einher. Bei
27 Bauvorhaben, wie der Erweiterung von Verkehrsstrassen (Autobahnen, ICE-Strecken)
28 scheinen hydrologische Gutachten oftmals mangelhaft, da vielfach nach den
29 Erweiterungen erst die Ausmaße etwa der Vernichtung von natürlichen, teils
30 oberirdischen, teils unterirdischen Wasserläufen überschaubar und für die betroffenen
31 Bürger unertragbar werden.

32 Augenscheinlich ist es recht still geworden, was die Kommunikation nach außen
33 betrifft, weder findet man in der regionalen Presse, noch auf den
34 Informationsmöglichkeiten des zuständigen Ministeriums für Landwirtschaft und
35 Umweltschutz Informationen, die jünger als Februar 2011 sind. Es macht den Anschein
36 als sei das den Bürger brennend interessierende Thema ein Wahlkampfthema
37 geblieben. Zwar findet sich im Koalitionsvertrag (S.45) die Absichtserklärung, die
38 Kommunen beim Aufbau eines Grundwassermanagements zu unterstützen, jedoch
39 sind Zweifel angebracht ob dies ausreichend erscheint.

40
41 Der Landesminister Dr. Herrmann Onko Aeikens gab bereits im Januar 2011 an: „Die
42 Klagen über vollgelaufene Keller und unter Wasser stehende Äcker häufen sich
43 zusehends.“ Außerdem beobachte man neben den damals aktuellen Hochwassern

1 auch die zunehmende Vernässung von Böden, Böden, die noch Jahre zuvor keine
2 Problemfälle darstellten. Mit der Kontrolle durch die Landtagsfraktion und die SPD-
3 Kabinettsmitglieder soll es erreicht werden, dass der Herr Minister nicht in der
4 Beobachterrolle verharrt.

5 Zwar gibt es mittlerweile einen gemeinsamen Antrag der CDU- und SPD-Fraktion (Mai
6 2011), jedoch wird darin die Landesregierung lediglich gebeten, die Kommunen und
7 Unterhaltungsverbände zu unterstützen. Aus der Erfahrung kommunalpolitischen
8 Handelns heraus, werden Maßnahmen, vor allem einschneidende und die
9 landwirtschaftliche Nutzung einschränkende, dann mit Leben gefüllt oder überhaupt
10 beschlossen, wenn sie auf Gesetzen oder Verordnungen basieren.

11

12

13 *Empfehlung der Antragskommission: Annahme*

E 3

AntragstellerInnen: Juso-Landesvorstand

Forschung im Bereich der regenerativen Energien stärken

1 Die derzeitige Form der Subventionierung der Photovoltaik, wie im EEG (Erneuerbare-
2 Energien-Gesetz) festgeschrieben, gilt es dahingehend zu verändern, dass die Umlage
3 zur Förderung erneuerbarer Energien, die sogenannte Ökoförderung, teilweise zu
4 Gunsten einer direkten Förderung der Forschung und Entwicklung im Bereich der
5 Solarenergie umgestaltet wird. Eine angemessene Ausgestaltung der Umlagehöhe ist
6 durch die entsprechenden Bundesministerien zu prüfen. Dabei sollen keine negative
7 Auswirkungen auf einheimische produzierende Unternehmen entstehen.

8

Begründung:

10 Die deutsche Solarbranche steckt seit einigen Jahren in einem Dilemma. Die
11 Subventionspolitik des EEG fördert den heimischen Ausbau von Solaranlagen im
12 privaten Bereich, wobei die derzeitige Form der Subventionierung aber primär die
13 Produktion von Solarzellen fördert. Eine zunehmende Massenproduktion von
14 Solarzellen führt zu einer schrittweisen Verlagerung der Produktionsleistung nach
15 China und Südost-Asien, was den Produktionsstandort Deutschland schwächt.

16 Diese Veränderungen müssen zu einem Überdenken der Förderungspraxis der
17 Photovoltaik führen. Die bisherige Verbrauchersubvention sollte schrittweise reduziert
18 werden und stattdessen sollten die aus der Ökoumlage eingesparten Mittel direkt in
19 einheimische Forschung und Entwicklung im Bereich der Photovoltaik investiert
20 werden.

21 Denn: Der Forschungsstandort Sachsen-Anhalt kann durch eine geschickte Förderung
22 auch weiterhin gegenüber ausländischer Konkurrenz bestehen. Der
23 Produktionsstandort wird hingegen mittelfristig an Bedeutung verlieren.

24

25

26 *Empfehlung der Antragskommission: Annahme*

E 4

AntragstellerInnen: Juso-Landesvorstand

Keine Ausweitung der Förderung landwirtschaftlicher Großbetriebe in Sachsen-Anhalt und der Europäischen Union; Förderung der ökologischen Landwirtschaft

1 Die SPD-Landtagsfraktion sowie die SPD-Abgeordneten des Europäischen Parlaments
2 werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die Ansiedlung konventioneller
3 landwirtschaftlicher Großbetriebe insbesondere auf dem Gebiet der Tierhaltung nicht
4 weiterhin nach nicht-betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu fördern und im
5 Gegenzug die ökologische Nutztierhaltung (*Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates*
6 *vom 28. Juni 2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung*
7 *von ökologischen/biologischen Erzeugnissen und zur Aufhebung der Verordnung*
8 *(EWG) Nr. 2092/91*) stärker in den Fokus der Entwicklung ländlicher Strukturen zu
9 rücken. Die einzelbetriebliche Investitionstierförderung für ökologische
10 Nutztierbetriebe ist dabei besonders zu berücksichtigen und zu begrüßen. Im Rahmen
11 der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union ist die Förderung von
12 Agrarprodukten konventioneller Art, sowie die geförderte Stilllegung von
13 landwirtschaftlichen Produktionsflächen qualitativ und quantitativ zurückzufahren.

14

Begründung:

15 Die bisherige Praxis der Regierungen Sachsen-Anhalts, als Land mit einem relativ
16 hohen Anteil an landwirtschaftlicher Produktionsfläche, konventionelle und
17 ökologische Landwirtschaft gleichermaßen zu fördern, führt in der Realität dazu, dass
18 sich mehr und mehr konventionelle Großbetriebe ansiedeln und sich Sachsen-Anhalt
19 zu einer Produktionsstätte landwirtschaftlicher Produkte entwickelt, die nicht mehr
20 den Herausforderungen einer modernen und zukunftsweisenden Agrarindustrie
21 entsprechen. Da ökologische Landwirtschaft fast ausschließlich zu höheren Kosten
22 realisierbar ist, müssen die Voraussetzungen einer verstärkten Förderung der
23 ökologischen Landwirtschaft zu Ungunsten der konventionellen Landwirtschaft
24 geschaffen werden. Ein Übergangsschritt dazu ist, wie im Koalitionsvertrag der
25 CDU/SPD in Sachsen-Anhalt festgestellt, die Gleichsetzung beider Produktionsformen.
26 Hier gilt es anzusetzen und die Weichen für eine fortschrittliche ökologische, aber
27 dennoch ökonomisch rentable Landwirtschaft zu stellen und dies politisch zu
28 unterstützen. Ein weiterer, zu begrüßender Effekt der Reduktion von Subventionen der
29 konventionellen Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus in der
30 gesamten Europäischen Union (EU), ist dabei die Stärkung landwirtschaftlicher
31 Produkte, die nicht aus der EU kommen auf dem Weltmarkt bzw. in den
32 Binnenmärkten vor allem Afrikas und Südostasiens.

34

35 Die Subventionspolitik der EU im Landwirtschaftssektor, welche einen Großteil der
36 Beiträge der Einzelländer aufbraucht und somit nicht mehr für sinnvollere
37 Investitionen zur Verfügung steht, schwächt nicht nur die Europäische Union und ihre
38 Handlungsfähigkeit selbst, sondern auch den ökonomischen Fortschritt von
39 Entwicklungsländern auf dem Gebiet der Agrarwirtschaft und führt hier, in einem
40 zweiten und dritten Schritt, zu hoch subventionierten und daher konkurrenzlos billigen
41 Produkten aus dem EU-Wirtschaftsraum in Entwicklungsländern und daher zu einer

- 1 Verarmung der dortigen Bevölkerung und der Ausbreitung von Hunger und seinen
- 2 Folgeerscheinungen.
- 3
- 4
- 5 *Empfehlung der Antragskommission: Annahme*

E 5

AntragstellerInnen: SV Halle

Keine Ausweitung der Förderung landwirtschaftlicher Großbetriebe in Sachsen-Anhalt und der EU – Förderung der ökologischen Landwirtschaft

1 Die SPD-Landtagsfraktion sowie die SPD-Abgeordneten des Europäischen Parlaments
2 werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die Ansiedlung konventioneller
3 landwirtschaftlicher Großbetriebe insbesondere auf dem Gebiet der
4 Massentierhaltung nicht weiterhin nach nicht-wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu
5 fördern und im Gegenzug die ökologische Nutztierhaltung stärker in den Fokus der
6 Entwicklung ländlicher Strukturen zu rücken. Die einzelbetriebliche
7 Investitionstierförderung für ökologische Nutztierbetriebe ist dabei besonders zu
8 berücksichtigen und zu begrüßen. Im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der
9 Europäischen Union ist die Förderung von Agrarprodukten konventioneller Art, sowie
10 die geförderte Stilllegung von landwirtschaftlichen Produktionsflächen qualitativ und
11 quantitativ zurückzufahren.

12

Begründung:

14 Die bisherige Praxis der Regierungen Sachsen-Anhalts, als Land mit einem relativ
15 hohen Anteil an landwirtschaftlicher Produktionsfläche, konventionelle und
16 ökologische Landwirtschaft gleichermaßen zu fördern, führt in der Realität dazu, dass
17 sich mehr und mehr konventionelle Großbetriebe ansiedeln und sich Sachsen-Anhalt
18 zu einer Produktionsstätte landwirtschaftlicher Produkte entwickelt, die nicht mehr
19 den Herausforderungen einer modernen und zukunftsweisenden Agrarindustrie
20 entsprechen. Da ökologische Landwirtschaft fast ausschließlich zu höheren Kosten
21 realisierbar ist, müssen die Voraussetzungen einer verstärkten Förderung der
22 ökologischen Landwirtschaft zu Ungunsten der konventionellen Landwirtschaft
23 geschaffen werden. Ein Übergangsschritt dazu ist, wie im Koalitionsvertrag der
24 CDU/SPD in Sachsen-Anhalt festgestellt, die Gleichsetzung beider Produktionsformen.
25 Hier gilt es anzusetzen und die Weichen für eine fortschrittliche ökologische, aber
26 dennoch ökonomisch rentable Landwirtschaft zu stellen und dies politisch zu
27 unterstützen. Ein weiterer, zu begrüßender Effekt der Reduktion von Subventionen der
28 konventionellen Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus in der
29 gesamten Europäischen Union (EU), ist dabei die Stärkung landwirtschaftlicher
30 Produkte, die nicht aus der EU kommen auf dem Weltmarkt bzw. in den
31 Binnenmärkten vor allem Afrikas und Südostasiens. Die Subventionspolitik der EU im
32 Landwirtschaftssektor, welche einen Großteil der Beiträge der Einzelländer aufbraucht
33 und somit nicht mehr für sinnvollere Investitionen zur Verfügung steht, schwächt nicht
34 nur die Europäische Union und ihre Handlungsfähigkeit selbst, sondern auch den
35 ökonomischen Fortschritt von Entwicklungsländern auf dem Gebiet der
36 Agrarwirtschaft und führt hier, in einem zweiten und dritten Schritt, zu hoch
37 subventionierten und daher konkurrenzlos billigen Produkten aus dem EU-
38 Wirtschaftsraum in Entwicklungsländern und daher zu einer Verarmung der dortigen
39 Bevölkerung und der Ausbreitung von Hunger und seinen Folgeerscheinungen.

40

41 *Empfehlung der Antragskommission: Änderungsantrag zu E 4*

E 6

AntragstellerInnen: Juso-Landesvorstand

Energiewende in Europa – EU-Energiepolitik neu gestalten

1 Die SPD-Landtagsfraktion und entsprechende Entscheidungsträger der SPD mögen sich über
2 ihre Gestaltungsmöglichkeiten in Brüssel auch auf europäischer Ebene für einen Ausstieg aus
3 Kernenergie und eine Neuausrichtung der EU-Energiepolitik einsetzen.

4
5 **Begründung:**

6 Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen in der internationalen Energiepolitik
7 – u.a. Referendum Italien gegen einen Wiedereinstieg in die Atomkraft – wird die
8 Notwendigkeit einer Neuausrichtung und besser koordinierten europäischen
9 Energiepolitik deutlich.

10
11 Bei der Vorstellung und Diskussion der im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung
12 erstellten Studie „Der Einstieg in den Ausstieg: Energiepolitische Szenarien für einen
13 Atomausstieg in Deutschland“ am 10. Juni 2010 wurde klar, dass ein Atomausstieg
14 ohne größere Mehrausgaben realisierbar ist, allerdings der infrastrukturelle Umbau
15 des Energiesystems die eigentliche Herausforderung ist. Für eine umfassende
16 Energiewende ist eine bessere Koordinierung der EU Energiepolitik nötig. Der SPD-
17 Vorsitzende Sigmar Gabriel wies in der Diskussion darauf hin, dass die Förderung von
18 erneuerbaren Energien auch eine Wachstumschance für die gesamte EU ist.

19
20 Im Zuge einer stärkeren Harmonisierung der EU-Energiepolitik sollten die Bemühungen
21 verschiedener Mitgliedsstaaten für einen Kernenergieausstieg gebündelt werden und
22 eine Europäische Union der erneuerbaren Energien und innovativen Energiesysteme
23 angestrebt werden. Europa verfügt über ein breites Portfolio erneuerbarer
24 Energiequellen, das eine Neuausrichtung des Energiemixes ermöglicht. Wie
25 verschiedene Expertisen zeigen, u.a. die "Roadmap 2050" der Europäischen
26 Klimastiftung von 2010, ist eine Energieversorgung auf Basis erneuerbarer Energien
27 sowohl technisch als auch wirtschaftlich realisierbar. Neben Risikofragen sprechen
28 auch ökonomische Argumente und wachsende Kosten der Kernenergie, insb. für
29 zunehmende Sicherheitsmaßnahmen, für ein Ende des Atomzeitalters.

30
31 Noch immer wird gemäß dem Euratom-Vertrag der Kernenergie eine tragende Rolle für
32 die europäischen Energie- und auch Wirtschaftspolitik beigemessen. An diese Stelle
33 sollte vielmehr ein gemeinsames Konzept für eine Energieversorgung auf Basis von
34 risikoarmen und umweltfreundlichen Energiequellen sowie zukunftsorientierten
35 Energietechnologien treten, das sowohl Basis der europäischen Energie- als auch
36 Wirtschaftspolitik ist.

37
38
39 ***Empfehlung der Antragskommission: Annahme mit folgender Änderung:***
40 ***Zeile 1: nach „SPD-Landtagsfraktion und“ wird „die SPD-Bundestagsfraktion und“***
41 ***eingefügt***

A 1

AntragstellerInnen: KV Harz/Juso-Landesvorstand

Erhöhung des Frauenanteils und gesetzliche Mindestquote für die Aufsichtsräte und Vorstände

1 Die SPD-Bundestagsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass der Deutsche Bundestag
2 der Aufforderung in Artikel 3 Abs. 2 des Grundgesetzes nachkommt und ein Gesetz
3 beschließt, das – gegebenenfalls durch paritätische Nachbesetzung – eine nachhaltige
4 Erhöhung des Frauenanteils in Aufsichtsräten und Vorständen bewirkt, und
5 insbesondere eine nach einer angemessenen und absehbaren Übergangsfrist zu
6 erreichende gesetzliche Mindestquote für die Aufsichtsräte und Vorstände aller
7 Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeiter_innen vorsieht. Dabei gelte aber, dass jede
8 Quote letztlich immer auf ihre Abschaffung hin arbeitet.

9

Begründung:

11 51% der deutschen Bevölkerung sind Frauen.

12 3% der Vorstandsmitglieder der im DAX, MDAX, SDAX und TecDAX notierten
13 Unternehmen sind Frauen.

14 3% der Anteilseigner_innen-Vertreter_innen in den Aufsichtsräten der genannten
15 Unternehmen sind Frauen.

16 Artikel 3 Abs. 2 Grundgesetz lautet: Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der
17 Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und
18 Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

19 In den 10 Jahren ihres Bestehens ist die freiwillige Selbstverpflichtung der Wirtschaft
20 zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen, die in der Vereinbarung
21 zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft
22 zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft
23 vom 2. Juli 2001 niedergelegt ist, ohne jede Wirkung geblieben. Daher fordern wir den
24 Deutschen Bundestag auf, der Aufforderung in Artikel 3 Abs. 2 des Grundgesetzes
25 endlich nachzukommen und ein Gesetz zu beschließen, das eine nachhaltige Erhöhung
26 des Frauenanteils in den Aufsichtsräten bewirkt und insbesondere eine gesetzliche
27 Mindestquote für die Aufsichtsräte aller Unternehmen mit mehr als 500
28 MitarbeiterInnen vorsieht, die nach einer angemessenen und absehbaren
29 Übergangsfrist erreicht werden muss.

30 Mit der Verabschiedung dieses Antrages würde die gleichklingende Petition, welche
31 am 09.Mai im Petitionsausschuss verhandelt werden soll, unterstützt.

32

33

34 *Empfehlung der Antragskommission: Annahme*

A 2

AntragstellerInnen: KV Harz/Juso-Landesvorstand

Befristungen bei Arbeitsverträgen müssen die begründete Ausnahme sein

1 Befristungen ohne Sachgrund dürfen nicht zur Regel werden. Es finden sich für
2 Arbeitgeber_innen und Arbeitnehmer_innen genügend gesetzlich geregelte Gründe
3 und Argumente, Arbeitsverhältnisse mit einem Sachgrund zu befristen. Sachgrundlose
4 Befristungen fördern lediglich unsichere Lebenswelten – hauptsächlich von
5 Berufseinsteigern_innen – und können seit einem neuen Gerichtsurteil auch mehrmals
6 beim selben Arbeitgeber bzw. der selben Arbeitgeberin nach einer dreijährigen
7 Wartefrist erfolgen. Befristete Arbeitsverträge mit und ohne Sachgrund führen dazu,
8 dass junge Menschen von Befristung zu Befristung ihr Leben ausrichten müssen und
9 Lebens- und Familienplanung oder langfristiges gesellschaftliches Engagement
10 unnötig erschwert werden. Wir fordern, dass Befristungen von Arbeitsverträgen immer
11 begründet werden müssen.

12

Begründung:

14

15 Befristungen bei Arbeitsverträgen sind eine weit verbreitete Praxis. Besonders bei
16 Berufsanfängern sind befristete Arbeitsverhältnisse die Regel und unbefristete die
17 Ausnahme. Die Hälfte aller Neueingestellten bekommt einen befristeten
18 Arbeitsvertrag. Es kann Gründe und Argumente für Befristungen geben (Saisonarbeit,
19 Krankheits- oder Urlaubsvertretung, Probezeit, eine Tätigkeit, die nur zeitlich befristet
20 erfolgen kann, etc). Diese Gründe sind umfassend gesetzlich bei Befristungen mit
21 Sachgrund geregelt. Die Schwierigkeiten und Gefahren der Ausnutzung beginnen bei
22 Befristungen ohne Sachgrund. Bisher konnten diese nur erfolgen, wenn der
23 Arbeitnehmer vorher nie beim betreffenden Arbeitgeber tätig war. Seit einer neuen
24 Gerichtsentscheidung ist dies allerdings nun doch möglich. Der 7. Senat des
25 Bundesarbeitsgerichtes hat im April diesen Jahres entschieden, dass Arbeitnehmer, die
26 sachgrundlos beschäftigt wurden, nach einer dreijährigen Wartefrist beim selben
27 Arbeitgeber erneut sachgrundlos beschäftigt werden können. Die Gefahr
28 missbräuchlicher Befristungsketten bestehe nicht mehr, wenn zwischen dem Ende des
29 früheren Arbeitsverhältnisses und dem neuen sachgrundlos befristeten Arbeitsvertrag
30 mehr als drei Jahre liegen, so die Richter.

31

32 Das Gesetz über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge (TzBfG) zum 01.01.2001
33 ermöglicht unter engen Voraussetzungen auch eine sachgrundlose Befristung für die
34 Höchstdauer von zwei Jahren. Doch bereits die Befristungen mit Sachgrund
35 ermöglichen sehr weite Auslegungen für Arbeitgeber: Ein sachlicher Grund liegt nach
36 dem Gesetz insbesondere vor, wenn

37

- 38 - der betriebliche Bedarf an der Arbeitsleistung nur vorübergehend besteht,
- 39 - die Befristung im Anschluss an eine Ausbildung oder ein Studium erfolgt, um
- 40 den Übergang des Arbeitnehmers in eine Anschlussbeschäftigung zu erleichtern
- 41 - der Arbeitnehmer zur Vertretung eines anderen Arbeitnehmers beschäftigt wird
- 42 - die Eigenart der Arbeitsleistung die Befristung rechtfertigt
- 43 - die Befristung zur Erprobung erfolgt

- 1 - in der Person des Arbeitnehmers liegende Gründe die Befristung rechtfertigen
- 2 - der Arbeitnehmer aus Haushaltsmitteln vergütet wird, die haushaltrechtlich für
- 3 eine befristete Beschäftigung bestimmt sind, und er entsprechend beschäftigt
- 4 wird oder die Befristung auf einem gerichtlichen Vergleich beruht.

5

6 Aus Sicht der SPD reichen diese Begründungen aus und sachgrundlose Befristungen
7 sind unnötig und erschweren jungen Menschen oft den Start ins Berufsleben.

8

9

10 *Empfehlung der Antragskommission: Annahme*

A 3

AntragstellerInnen: KV Harz/SV Magdeburg/Juso-Landesvorstand

Öffentliche Auftragsvergabe und Wirtschaftsförderung an Begrenzung von Leiharbeit und Entgeltgleichheit koppeln

1 Die SPD Sachsen-Anhalt fordert, mit dem künftigen Vergabegesetz und den
2 zukünftigen Richtlinien für die Vergabe öffentlicher Aufträge und für die
3 Wirtschaftsförderung für das Land Sachsen-Anhalt die Regeln für die
4 Wirtschaftsförderung so anzupassen, dass diese
5 auch an Faktoren wie Entgeltgleichheit und insbesondere die Begrenzung der
6 Leiharbeit gekoppelt werden, um damit dem Missbrauch von Leiharbeit und prekärer
7 Beschäftigung entgegenzuwirken.

8 Die sprunghafte Zunahme der Leiharbeit darf nicht noch zusätzlich durch öffentliche
9 Fördermittel begünstigt werden, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse müssen die
10 Ausnahme bleiben. Eine Verdrängung regulärer Beschäftigung liegt weder im Interesse
11 der Arbeitnehmer_innen noch des Wirtschaftsstandorts Sachsen-Anhalt.

12

Begründung:

14 Die Aufgabe der Wirtschaftsförderung besteht darin, die Entstehung regulärer
15 Beschäftigung zu unterstützen. Dem Vergabegesetz kommt eine wichtige Rolle auf
16 dem Weg zu gerechteren Löhnen zu, indem es die Voraussetzungen für einen
17 gerechten Wettbewerb um öffentliche Aufträge schafft. Es schreibt soziale,
18 ökologische und tarifliche Mindeststandards fest, an die sich Unternehmen bei der
19 Beteiligung an öffentlichen Ausschreibungen halten müssen.

20 Leiharbeit kann als sinnvolles Instrument eingesetzt werden, indem sie den
21 Unternehmen ausreichend Flexibilität ermöglicht, um Auftragsspitzen abzufedern und
22 unvorhergesehene Entwicklungen aufzufangen. Sie darf jedoch nicht als
23 Wettbewerbsvorteil missbraucht werden. Wettbewerb muss künftig wieder über gute
24 Ideen und Angebote, nicht über Niedriglöhne und schlechte Arbeitsbedingungen
25 gemacht werden.

26 In Anlehnung an das Thüringer Modell müssen Unternehmen, die mehr als 10 Prozent
27 Leiharbeiter_innen beschäftigen, künftig Einschränkungen bei der öffentlichen
28 Auftragsvergabe hinnehmen.

29

30

31 *Empfehlung der Antragskommission: Annahme*

A 4

AntragstellerInnen: SV Magdeburg

Stärkung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung

1 Die SPD Sachsen-Anhalt fordert, die derzeitige wirtschaftliche Erholung in der
2 Bundesrepublik Deutschland dahingehend zu nutzen, sozialversicherungspflichtige
3 Arbeitsverhältnisse zu stärken. Die steigende Zahl atypischer und prekärer
4 Beschäftigungsverhältnisse und die damit einhergehende Ausdehnung des
5 Niedriglohnssektors muss umgekehrt und zurückgedrängt werden. Das bedeutet z.B.
6 die Beschränkung von 400 Euro-Jobs auf Rentnerinnen und Rentner sowie
7 Studierende.

8

Begründung:

9 Die erhoffte „Sprungbrettfunktion“ atypischer – und damit gering entlohnter -
10 Beschäftigungsverhältnisse in eine reguläre Beschäftigung ist ausgeblieben: keine 10%
11 der Leiharbeiterinnen und -arbeiter schaffen darüber den Sprung in reguläre
12 Beschäftigung. Genauso wenig konnte der sich rapide ausweitende Niedriglohnssektor
13 in Deutschland die Beschäftigungschancen der gering Qualifizierten nachhaltig
14 verbessern.

15
16 Ende 2010 gab es mehr als 7,4 Millionen geringfügig Beschäftigte; mittlerweile ist jedes
17 vierte Beschäftigungsverhältnis ein geringfügiges. Knapp 5 Millionen Menschen
18 arbeiten ausschließlich als Minijobber, gut 2 Millionen sog. „Aufstocker“ können ohne
19 geringfügige Beschäftigung als Zuverdienstmöglichkeit ihren Lebensunterhalt nicht
20 bestreiten. Gerade in der derzeitigen Phase der wirtschaftlichen Erholung ist es
21 geboten, alle Maßnahmen zu intensivieren, um möglichst viele Menschen am
22 Aufschwung teilhaben zu lassen und das soziale Gleichgewicht der Menschen in
23 Deutschland wiederherzustellen.

24

25

26 *Empfehlung der Antragskommission: Annahme*

A 5

AntragstellerInnen: Juso-Landesvorstand

Modularisierung ablehnen – Duale Ausbildung erhalten

1 Das Modell der dualen Berufsausbildung ist zu erhalten. Eine Zusammenstreichung der
2 Ausbildung im Zuge der sogenannten "Modularisierung" wird abgelehnt.

3

4 **Begründung:**

5 1. Ähnlich wie beim „Bolognaprozess“ an den Hochschulen wird im Bereich der
6 Ausbildung momentan über die Schaffung einer internationalen Vergleichbarkeit
7 diskutiert. In diesem Zusammenhang ist eine „Modularisierung“ des
8 Ausbildungsberufes angedacht. Diese sieht eine Zerstückelung der Ausbildung in
9 abgegrenzte Tätigkeitsbereiche innerhalb eines Ausbildungsberufes vor, die zum
10 anschließenden Arbeitseinsatz befähigen. Darüber wie viele und welche Module ein
11 Auszubildender/ eine Auszubildende absolviert hat, lässt sich feststellen, welchen
12 Kenntnisstand er/sie hat. Diesem möglichen Vorteil stehen jedoch unwägbar
13 Gefahren gegenüber, die eine Einführung dieses Systems wenig sinnvoll erscheinen
14 lassen.

15

16 2. Wenn Reihenfolge und Anzahl der Module den Arbeitgebern überlassen bleibt,
17 müssten viele Auszubildende ein „Betriebs-Hopping“ veranstalten, um alle Module
18 eines Ausbildungsberufes absolvieren zu können und damit den vollständigen Beruf zu
19 erlernen.

20

21 3. Solange es nicht Pflicht ist, dafür Sorge zu tragen, dass die Auszubildenden alle
22 Module durchlaufen können, würden Unternehmen oder Betriebe möglicherweise nur
23 diejenigen Module anbieten, die exakt auf ihre Produktion zugeschnitten sind. Die auf
24 diese Weise wären Teilausgebildete dann viel stärker an dieses Unternehmen
25 gebunden, da sich mit ihrer Modulkombination die Anzahl der Betriebe, die für sie in
26 Frage kommen, drastisch vermindert.

27

28 4. Selbst wenn es Pflicht wäre, alle Module anzubieten, ist die Gefahr wesentlich größer
29 als bei einer ganzheitlichen, unzerstückelten Ausbildung, da davon ausgehend dann
30 doch der nächste Schritt zu einer Einführung von Teilausbildungen gegangen würde.

31

32 5. Tarifverträge würden für diejenigen, die nur einige Module absolviert hätten, nicht
33 mehr umfangreich gelten.

34

35 6. Die Frage, wie in einer solchen Stückchenausbildung die Ausbildungsvergütung
36 aussehen soll, ist ungeklärt.

37

38

39 ***Empfehlung der Antragskommission: Annahme***

A 6

AntragstellerInnen: SV Magdeburg/Juso-Landesvorstand

Gleichstellung der Geschlechter auch auf dem Arbeitsmarkt

1 Die SPD Sachsen-Anhalt kämpft für die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter
2 auf dem Arbeitsmarkt. Bestehende Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt sind zu
3 beseitigen. Dazu gehören die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
4 ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung, die Durchsetzung von Entgeltgleichheit
5 und besserer Aufstiegschancen in allen Wirtschaftsbereichen und mehr Arbeitsplätze
6 außerhalb von Niedriglohn und Teilzeit.
7 Darüber hinaus soll eine gesetzliche 40-prozentige Geschlechterquote die Beteiligung
8 von Frauen auf allen Entscheidungsebenen und insb. Führungs- und
9 Leitungspositionen der Betriebe sichern. Das gilt für private und öffentliche
10 Unternehmen sowie für den öffentlichen Dienst und für alle Gremien (wie z.B.
11 Sachverständigenkommissionen, Beiräte, Kuratorien, etc.).
12

Begründung:

14 Die Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt ist die
15 Voraussetzung für eine eigenständige und existenzsichernde Rente. Erwerbsarbeit und
16 weitgehende finanzielle Unabhängigkeit sind Schlüsselfaktoren auf dem Weg zu
17 einem selbstbestimmten Leben. Heute definiert jedoch der Markt den Grad der
18 Gleichstellung in Deutschland: Teilzeit, Leiharbeit, Minijobs, befristete und
19 geringfügige Arbeitsverhältnisse; knapp drei Viertel aller atypisch Beschäftigten in
20 Deutschland sind Frauen, insbesondere junge Arbeitnehmerinnen.
21 Atypische Beschäftigung geht meist mit niedriger Entlohnung einher, oft reichen die
22 Beschäftigungsverhältnisse kaum dafür, die Existenz zu sichern: so hat sich die Zahl der
23 Frauen, die trotz Arbeit auf Grundsicherung angewiesen sind, seit 2005 verdoppelt und
24 ist auf 743.000 angestiegen.
25 Verstärkt wird dieser Umstand durch die hohe Lohnlücke zwischen Männern und
26 Frauen in Deutschland. Nach wie vor beträgt diese bei gleicher Qualifikation und
27 gleicher Tätigkeit bis zu 23% und verschärft damit die soziale Lage noch und hat
28 negative Auswirkungen auf die soziale Absicherung.
29
30

31 *Empfehlung der Antragskommission: Annahme*

A 7

AntragstellerInnen: Juso-Landesvorstand

Angleichung des kirchlichen Arbeitsrechts

1 Die SPD im Bund und in den Ländern setzt sich für eine Novellierung der
2 Sondervorschriften im Arbeitsrecht für die Kirchen ein. Dazu ist eine Neuverhandlung
3 der Staatskirchenverträge nötig, bei der das kirchliche Arbeitsrecht stärker an das
4 staatliche einfachgesetzliche Arbeitsrecht gebunden und somit an die europäischen
5 Gleichbehandlungs- und Dienstleistungsrichtlinien angepasst werden soll.

6

Begründung:

7 Die Kirchen, sowohl die evangelisch-lutherischen Landeskirchen als auch die römisch
8 katholische Kirche, sind mit rund 1,3 Mio. Angestellten nach dem öffentlichen Dienst
9 der zweitgrößte Arbeitgeber in Deutschland. Für diese Angestellten gelten jedoch nicht
10 wie für alle sonstigen ArbeitnehmerInnen die Regelungen des Allgemeinen
11 Gleichbehandlungsgesetzes (Ausnahme geregelt gem. § 9 AGG) und des
12 Kündigungsschutzes in vollem Umfang. Die Arbeitgeberin Kirche kann bei
13 Kündigungen und Maßregelungen in großem Umfang den privaten Lebenswandel
14 ihrer Angestellten beurteilen, da die Angestellten das Wort und die Lehre Gottes mit
15 ihrer Erwerbstätigkeit verbreiten sollen.

16 Bei Angestellten, die unmittelbar glaubensnahe Tätigkeiten ausüben, mag dieser
17 Anspruch einleuchten. Bei glaubensfernen Tätigkeiten (wie bei einem
18 Verwaltungsangestellten oder einer Reinigungskraft) ist es hingegen unangemessen.
19 Der europäische Gerichtshof hat dies mit seinem Urteil vom 23.09.2010 für den
20 Einzelfall bestätigt. Eine Tätigkeit, die keinen ideologischen Wert vertritt, braucht auch
21 nicht an der Person, die sie ausführt, und ihrem Privatleben gemessen zu werden.
22 Deshalb sollten für diese Angestellten dieselben Maßstäbe gelten wie für Angestellte
23 in der freien Wirtschaft oder im öffentlichen Dienst.

24

25

26

27

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

A 8

AntragstellerInnen: AfA-Landesvorstand

Wiedereingliederung von Arbeitslosen

1 Der Bundesparteitag möge beschließen:

2 Die Mittel für die gesetzlichen Rentenversicherungsanstalt (BfA,
3 Rentenversicherungsanstalt Mitteldeutschland usw.) für
4 Wiedereingliederungsmaßnahmen von Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen sind zu
5 erhöhen.

6

7 **Begründung:**

8 In den letzten Jahren haben Fördermaßnahmen in der Qualität und Quantität
9 abgenommen.

10 Wir fordern die vorrangige Qualifizierung und Wiedereingliederung von arbeitslosen
11 Arbeitnehmern/-innen, um somit dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken. Dafür
12 müssen entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden.

13

14

15 ***Empfehlung der Antragskommission: Annahme***

A 9

AntragstellerInnen: SV Magdeburg

Nachqualifizierung an – und ungelernter Jugendlicher und junger Erwachsener

1 Die SPD steht für eine Arbeitsmarktpolitik, die Chancen eröffnet und damit Teilhabe
2 am gesellschaftlichen Leben für alle ermöglicht. Gerade in Zeiten des Aufschwungs
3 müssen die Förderinstrumente der Arbeitsmarktpolitik ausgebaut werden.

4 Daher kritisiert die SPD Sachsen-Anhalt die drastischen Kürzungen der
5 Bundesregierung bei den Mitteln zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Sie treffen
6 insbesondere diejenigen, die dringend auf Hilfe angewiesen sind.

7 Die SPD Sachsen-Anhalt fordert stattdessen, landesweit Jugendlichen und (jungen)
8 Erwachsenen ohne formale Ausbildung besondere Qualifizierungskonzepte zum
9 nachträglichen Erwerb eines anerkannten Berufsabschlusses zu ermöglichen, um
10 dieser Zielgruppe bessere Chancen für die dauerhafte Integration ins Arbeitsleben zu
11 eröffnen und dazu insbesondere die Mittel zur Arbeitsmarktförderung auf
12 Bundesebene aufzustoßen.

13

Begründung:

14 Gerade in Ostdeutschland ist der Anteil Jugendlicher und junger Erwachsener ohne
15 Berufsabschluss signifikant höher als in den alten Bundesländern. Nicht formal
16 qualifizierte tragen ein erheblich höheres Beschäftigungsrisiko. Sie arbeiten unter
17 prekären Beschäftigungsbedingungen, sind überproportional stark von Arbeitslosigkeit
18 betroffen und stellen mehr als die Hälfte aller Langzeitarbeitslosen. Ohne die
19 Möglichkeit des nachträglichen Erwerbs eines Berufsabschlusses können die
20 arbeitsmarktpolitischen Probleme der An- und Ungelernten nicht gelöst werden. Vor
21 dem Hintergrund des immer stärker werdenden Fachkräftemangels wird sich die
22 Ausgrenzung von gering qualifizierten weiter verfestigen, die Teilhabechancen für
23 Menschen ohne Berufsabschluss weiter verschlechtern. Das dürfen wir nicht länger
24 hinnehmen.
25

26

27

28 *Empfehlung der Antragskommission: Annahme*